



Wortprotokoll der 28. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 8. Juli 2026, 15:30 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH 4.200

Vorsitz: Mechthild Heil, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Punkt der Tagesordnung **Seite 4**

Herausforderungen für das internationale
humanitäre System und dessen Reform



Geladene Sachverständige

Dr. Martin Frick⁶

Direktor des Global Office Berlin, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)

Anica Heinlein⁴

Co-Vorstandsvorsitzende von VENRO

Dr. Thorsten Klose-Zuber¹

Generalsekretär Help - Hilfe zur Selbsthilfe e. V.

Marie von Manteuffel⁵

Policy Lead für Caritas international

Prof. Dr. Thorsten Polleit²

Ökonom, Vinson Centre Buckingham University

Christian Reuter¹

Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes e. V.

Ralf Südhoff³

Direktor des Centre for Humanitarian Action (CHA)

¹ auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen

² auf Vorschlag der Fraktion der AfD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

³ auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁴ auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁵ auf Vorschlag der Fraktion Die Linke zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁶ interfraktionell



Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Abraham, Knut Altenkamp, Norbert Maria Geissler, Dr. Jonas Heil, Mechthild Winkelmeier-Becker, Elisabeth	Beek, Sascha van Brodesser, Dr. Carsten Erndl, Thomas Herbstreuth, Diana Röttgen, Dr. Norbert
AfD	Köhler, Achim Rothfuß, Dr. Rainer Sichert, Martin	Krah, Dr. Maximilian Möller, Stefan Paul, Andreas
SPD	Heinrich, Gabriela Stegner, Dr. Ralf Troff-Schaffarzyk, Anja	Castellucci, Dr. Lars Möller, Siemtje Türk-Nachbaur, Derya
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lucks, Max Mijatović, Boris	Polat, Filiz Taher Saleh, Kassem
Die Linke	Fey, Katrin	Glaser, Vinzenz



Einziger Punkt der Tagesordnung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Die **Vorsitzende**: Ein herzliches Willkommen Ihnen allen, schön dass Sie hier sind. Im Ausschuss haben wir uns heute Morgen schon kurz getroffen; ein herzliches Willkommen daher insbesondere auch an diejenigen auf der Tribüne und die uns im Livestream verfolgen. Wir haben heute eine Anhörung mit nur einem Tagesordnungspunkt; wir möchten über die Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform sprechen. Deswegen haben sich hier im Saal Fachleute getroffen. Ich darf sie alphabetisch vorstellen und beginne mit Ihnen, Herr Dr. Frick. Herr Dr. Frick kommt vom Welternährungsprogramm und ist Direktor des Global Office hier in Berlin. Neben Ihnen sitzt Frau Heinlein. Sie ist Co-Vorstandsvorsitzende von VENRO – auch Ihnen ein herzliches Willkommen und einen herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstag heute. Dann darf ich weitermachen mit Herrn Dr. Klose-Zuber. Er ist der Generalsekretär von HELP, Hilfe zur Selbsthilfe e. V. Dann komme ich zu Marie von Manteuffel. Sie sind von der Caritas International – auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Neben Ihnen sitzt Herr Prof. Dr. Polleit, Ökonom an der *University of Buckingham*. Darüber hinaus begrüße ich den Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Herrn Reuter, und Herrn Ralf Südhoff, den Direktor des *Center of Humanitarian Action*. Die Kolleginnen und Kollegen habe ich schon begrüßt. Ich habe informiert, dass wir einen Livestream haben. Daran erkennen Sie, dass die Sitzung öffentlich ist, weshalb es von der Sitzung auch ein Wortprotokoll geben wird. Das können Sie anschließend einsehen; es wird auf der Seite des Bundestages veröffentlicht. Dann möchte ich nun die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge bitten, ein Eingangsstatement abzugeben. Wir haben festgelegt, drei Minuten Redezeit. Sie sehen die Anzeige auf dem Monitor. Herr Dr. Frick, wenn Sie anfangen würden, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

SV Dr. Martin Frick: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich sehr, dass wir die Gelegenheit zur Aussprache haben, denn in der Tat, das humani-

täre System ist bis zum Zerreißen angespannt. Wir haben jetzt die dritte große Krise in den letzten sechs Jahren gesehen, nach Corona, nach dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, jetzt der Krieg im Mittleren Osten, der Schockwellen in die ganze Welt ausstrahlt. Insgesamt sehen wir heute über 140 aktive Krisen in der ganzen Welt, weit mehr als wir vor zehn Jahren hatten. Es kommen neue Krisen dazu, alte Krisen werden nicht gelöst, jedenfalls nicht von humanitärer Seite, Stichwort Afghanistan. Wie viele Menschen tatsächlich in akuter Ernährungsnot leben – wir beziffern das jetzt mit 266 Millionen –, das ist weniger als das, was ich beim letzten Mal gesagt habe, aber es ist keineswegs so, dass die Zahl zurückgegangen ist. Es ist vielmehr die Fähigkeit teilweise verloren gegangen, überhaupt zu erfassen, wer denn der Hilfe bedarf, und genau das ist auch zahlreichen Kürzungen geschuldet. Ich habe immer gesprochen von drei „K“: von Krisen, von Klima und von Kosten. Hinzugekommen sind leider die Kürzungen und das ging los mit der amerikanischen Administration, die mit sehr viel Geräusch USAID abgeschafft hat, aber es ist eben nicht dort geblieben und es gibt keinen Grund, auf die andere Seite des Atlantik zu zeigen, denn leider sind auch in Europa die Kürzungen sehr massiv ausgefallen. Wir wissen, dass zwischen 2024 und 2025 der Bundeshaushalt um 53 Prozent für die humanitäre Hilfe reduziert worden ist und dass auch der Haushaltstitel für die Übergangshilfe, die unmittelbar neben der humanitären Hilfe steht, wenn man das so formulieren kann, doch sehr stark zurückgegangen ist. Das betrifft uns und für uns als Welternährungsprogramm bedeutete das 2024 auf 2025 einen Schlag, weil wir ungefähr ein Drittel unserer Finanzierung verloren haben. Das bedeutet nicht nur für eine Organisation ein Problem, sondern da das Welternährungsprogramm auch das logistische Rückgrat in sehr sehr vielen humanitären Situationen in der Welt ist, eine Beeinträchtigung des gesamten Systems. Sie werden es von den Kolleginnen und Kollegen hören, in verschiedener Ausprägung, wie sehr diese Kürzungen uns betreffen. Ich will dazu kurz zwei Dinge sagen. Wir versuchen natürlich alle – und ich glaube da kann ich nicht nur für WFP sprechen, sondern für den gesamten Sektor –, mit jedem Euro Steuergeld so verantwortlich wie irgendwie möglich umzugehen, so viel Menschen wie möglich zu versor-



gen. Aber es ist enorm schwierig geworden, da nicht nur die Zahl der Bedürftigen gestiegen ist, sondern die Finanzierung reduziert wurde und das, was man mit dem Geld jeweils erreichen kann, auch weniger geworden ist. Wir versuchen alles, was wir können, um im Rahmen der begrenzten Mittel helfen zu können, aber es gibt Grenzen, wo es einfach mit weiteren Effizienzmaßnahmen nicht mehr getan ist. Vielen Dank; ich belasse es erst einmal hiermit für das Eröffnungsstatement.

Die **Vorsitzende:** Ja danke, Herr Dr. Frick. Frau Heinlein, Sie wären die nächste.

Sve Anica Heinlein: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Gäste, herzlichen Dank für die Einladung zu dieser wichtigen Anhörung. Wir erleben derzeit nicht einfach Herausforderungen in der humanitären Hilfe. Wir erleben eine Bewährungsprobe für das gesamte humanitäre System. Die entscheidende Frage ist: Wollen wir wirklich zulassen, dass Hilfe für Menschen in größter Not zum Spielball geopolitischer Interessen wird, oder verteidigen wir das Prinzip, dass jedes Menschenleben gleich schützens- und erhaltenswert ist? Die Realität ist, der humanitäre Bedarf liegt weltweit auf einem Rekordhoch, während die Finanzierung einbricht. Gesundheitszentren schließen, Lebensmittelrationen werden reduziert, Menschen sterben. Zudem erleben wir zunehmend eine Rückkehr zu Lebensrettung, bei der Schutzbildung und Perspektiven keine Rolle mehr spielen. Doch humanitäre Versorgung ist mehr als Zelte und Essen. Sie leistet einen Beitrag zu Würde und Sicherheit. Aber Geld ist nur ein Teil des Problems. Die Grundlagen des Systems werden zunehmend angegriffen. Humanitäres Völkerrecht wird missachtet, Zivilbevölkerung und humanitäres Personal werden zur Zielscheibe. Humanitärer Zugang wird blockiert. Weil diese Verstöße weitgehend folgenlos bleiben, verlieren Regeln ihre Wirkung und Menschen und Helfende ihren Schutz. Und wir sehen eine dritte gefährliche Entwicklung: Humanitäre Hilfe wird zunehmend politisiert. Wer Hilfe erhält, hängt immer öfter nicht nur von Not ab, sondern von strategischen Interessen. Damit gerät das Herzstück unter

Druck: der nach den Gräueltaten des zweiten Weltkriegs erreichte Konsens, dass Zivilbevölkerungen geschützt werden und dass humanitäres Handeln auf universellen Regeln beruhen muss. Was muss also jetzt geschehen? Erstens: Vorbild sein und Hoffnung geben. Gerade Deutschland muss humanitäre Hilfe strikt am Bedarf ausrichten. Nicht strategische Interessen, nicht Migrationserwägungen und nicht geopolitische Prioritäten dürfen darüber entscheiden, wer Hilfe erhält, sondern allein das Ausmaß menschlicher Not. Zweitens: die Übernahme von Verantwortung und Verlässlichkeit. Dafür sollte Deutschland mindestens 2,8 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe bereitstellen und einen langfristigen Finanzierungssockel schaffen, der Planungssicherheit ermöglicht. Und eine Finanzierung vorleben, die Präventionsschutz, Bildung und psychosoziale Unterstützung nicht dem Rotstift opfert. Drittens: die Verteidigung des humanitären Völkerrechts. Es muss wieder zu einer außenpolitischen Priorität werden, dass Verstöße konsequent benannt und verurteilt werden. Gerade Deutschland kann und muss glaubwürdig für die universelle Geltung des Rechts eintreten. Und viertens: die Reform des Systems als Chance nutzen. Endlich mehr direkte Finanzierung lokaler Organisationen, mehr Entscheidungsmacht vor Ort, weniger Bürokratie. Die Frage ist, ob wir den Mut haben, das humanitäre System zugleich zu verteidigen und zu verändern. Wir dürfen die aktuelle Krise nicht nur verwalten, sondern müssen sie nutzen, um Hilfe noch wirksamer, gerechter und zukunftsfähiger zu machen. Denn darum geht es, dass das System die Menschen schützt und versorgt, für die es geschaffen wurde. Genau daran muss sich jede Reform messen lassen.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Punktgenau. Nun Herr Dr. Klose-Zuber.

SV Dr. Thorsten Klose-Zuber: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich würde gerne direkt anschließen an das, was Anica Heinlein gesagt hat. Wenn von über 300 Millionen Menschen, die heute akut auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, wir maximal die Hälfte davon überhaupt noch erreichen, dann ist wahrscheinlich sogar der Titel der heutigen Sitzung ein Stück weit falsch



gewählt, weil wir nicht mehr über die Herausforderungen des humanitären Systems sprechen, sondern de facto von einem Scheitern des humanitären Systems und das entsprechend schon feststellen müssen. In der Ergründung dieses Scheiterns wäre es natürlich ein leichtes, die alleinige Verantwortung bei den drastischen Kürzungen der großen Geberstaaten zu suchen. Und im Lichte der Finanzierungskrise werden jedoch auch eine Reihe von strukturellen Problemen innerhalb des humanitären Systems zunehmend sichtbar. Wir haben ein grundsätzliches Problem mit dem einfachen Prinzip der Subsidiarität – wie wir es beispielsweise aus dem nationalen und inländischen Katastrophenschutz kennen –; dies wird im internationalen humanitären System regelmäßig ad absurdum geführt. Das humanitäre System ist nämlich erstaunlich schlecht darin, die am besten platzierten Akteure für eine zielgenaue Hilfe vor Ort zu identifizieren und dann durch das eigene Handeln konkret zu unterstützen. Das sind nämlich lokale humanitäre Organisationen direkt vor Ort. Stattdessen sehen wir in annähernd jeder humanitären Krise die verschiedenen UN-Agenturen und auch internationale Nichtregierungsorganisationen mit teils überlappenden Mandaten, aber ausgestattet mit Milliarden an Gebermitteln. Und wir erleben, dass häufig eben nicht komplementär zu lokal existierenden Hilfssystemen gearbeitet wird, sondern Personal lokaler Organisationen abgeworben wird und Hilfsmaßnahmen entsprechend dupliziert werden. Die eigentlich lokalen Akteure werden dann auf die Rolle als kontextkundiger Subdienstleister reduziert, ohne eigene Entscheidungskompetenz und ohne eigenen Zugang zu diesen finanziellen Mitteln. Das macht das humanitäre System nicht nur ungerechter, sondern auch ineffizienter. Und internationale Mitarbeitende bei UN-Agenturen verdienen dann nachweislich auch noch ein absurd Vielfaches der Mitarbeitenden auf vergleichbaren Positionen bei lokalen Agenturen, teilweise um den Faktor 15 oder höher. Und auch internationale Organisationen – hier will ich meine Organisation gar nicht ausschließen – zahlen hier deutlich über den ortsüblichen Gehältern. Als internationale humanitäre Akteure können wir uns daher ein Festhalten an unserer klassischen Rolle als alleiniger Entscheider bei der Planung und Umsetzung humanitärer Hilfe schlicht nicht

mehr leisten. Diese strukturelle Abhängigkeit lokaler Hilfssysteme von ineffizienten internationalen Strukturen ist ein zentraler, aber bislang durchaus unterschätzter Faktor für das Ausmaß der Disruption, welche wir aktuell erleben. Und für diese ausbleibende Lokalisierung des humanitären Systems hat auch der *Humanitarian Reset* keine ausreichende Antwort gefunden, da er lokale Akteure aktuell eben noch nicht ausreichend stärkt. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Danke Ihnen. Frau von Manteuffel.

Sve Marie von Manteuffel: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich kann wunderbar ergänzen. Auch ich habe versucht, mich in meiner schriftlichen Stellungnahme nicht auf die Finanzierungskrise – man spricht immer schnell von den ganzen Krisen – zu stürzen, sondern auf die Handlungskrise und möglichst schnell dahin zu kommen, was wir als Caritas-Konföderation – weltweit bestehend aus 160 nationalen Caritas-Verbänden, Organisationen mit noch sehr viel mehr lokalen Unterbauten – als Lösungsansatz sehen, und zwar genau auf die jeweiligen Stärken der Akteure setzen. Und da schließt das exakt an: Wer ist vor Ort? Wer kennt sich vor Ort aus? Wer genießt Vertrauen der Gesellschaft? Wer muss nicht erst über Ozeane reisen, vor Ort sich registrieren lassen, eigene Strukturen aufbauen, die dann selbstverständlich nach den eigenen Logiken funktionieren müssen. Aber gleichzeitig: Wer kann am besten koordinieren? Wer kann am schnellsten Großeinsätze stemmen? Und wer denkt von vornherein ab Tag 1 schon die Übergangszeit aus der akuten humanitären Krise in den Wiederaufbau mit? Ein ganz konkretes Beispiel: Gestern Abend konnte ich mit meinem Kollegen in Caracas telefonieren, in Venezuela. Man muss dazu sagen, die Caritas Venezuela ist eine der zentralen Organisationen vor Ort, die Sozialdienstleistungen erbringt, mit über 700 Stellen landesweit, 30.000 Freiwilligen und in dem Erdbebengebiet allein 25 Pfarreien, die jetzt ab Tag 1 mehr oder weniger zu Verteilzentren umgebaut wurden. Wir haben in den ersten zehn Tagen als Caritas 15.000 Tonnen an Hilfsgütern liefern können. Davon sind schon über 9.000 Tonnen verteilt in 25 Pfarreien. Was passiert seither? Unser Telefon steht nicht still,



denn jetzt wollen alle mit unseren Partnern zusammenarbeiten. Jetzt sind, nachdem jahrelang Venezuela und ganz Lateinamerika depriorisiert wurde, plötzlich alle ganz interessiert daran, vor Ort zu sein, weil es jetzt vermeintlich Gelder gibt. Und das nimmt solche Auswüchse an, dass ein chinesischer Investor bei Caritas Venezuela anruft und sagt, er würde gerne eine Pfarrei kaufen, dann könnte er nämlich seine Güter dort verteilen. Was braucht es also? Jeder Verhaltenscoach würde in so einer Situation sagen, in der Krise Stärken stärken. Wir brauchen eine viel mutigere und entideologisierte Analyse der Stärken der beteiligten Akteure, wie bereits aufgeführt, und Investitionen in die Handlungsfähigkeit dort, wo sie am besten sind. Die Mittel sind inzwischen so gering, wir können uns etwas anderes gar nicht mehr leisten. Lokalisierung ist damit keine Frage der Fairness allein mehr, sie ist eine strategische Investition in die Funktionsfähigkeit des gesamten Systems. Wir brauchen verlässliche – es wurde bereits gesagt –, mehrjährige Finanzierung, flexible Mittel, Stärken lokaler Organisationen und Unterstützung derjenigen, intermediären Organisationen, die lokale Partner langfristig begleiten und mit internationalen Gebern verbinden. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank. Jetzt Herr Professor Polleit.

SV Prof. Dr. Thorsten Polleit: Sehr verehrte Vorsitzende, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, meine Stellungnahme zur Ethik und Ökonomik der Entwicklungshilfe befasst sich im Kern mit Fragen, wie sich humanitäre Hilfe am effizientesten und effektivsten bereitstellen lässt. Soll sie staatlich betrieben werden, mit Steuern finanziert werden oder soll sie privat organisiert sein? Meine Antwort lautet, freiwillige private Hilfe ist ökonomisch und auch moralisch ethisch gesehen überlegen gegenüber steuerfinanzierter staatlicher Hilfe und zur Erklärung vier, fünf kurze Gedanken. Erstens: Der Weg aus der Armut führt über freie Märkte und Wirtschaftswachstum und Wirtschaftswachstum entsteht durch Privateigentum, Arbeitsteilung, freien Handel und Unternehmertum. Diese Prinzipien schaffen Wohlstand für alle und wirken auch Frieden stiftend. Die extreme Armut hat seit den Markt-

reformen zu Beginn der 1990er Jahre international weltweit stark abgenommen, also mit dem formalen Zusammenbruch der sozialistischen Regime. Deshalb sollte der Kampf gegen die Armut als Kampf für freie Märkte gegen Handelshemmnisse jeder Art, insbesondere auch die Hemmnisse, die die westliche Welt errichtet hat, geführt werden. Zweitens: Bei der Frage, wie man humanitäre Hilfe organisiert, müssen auch moralisch und ethische Überlegungen angestellt werden. Es geht nicht nur um die Nehmer, sondern auch um die Geber und hier ist es unumstritten, dass eine Handlung nur dann moralisch und ethisch akzeptabel ist, wenn sie aus freiem Willen erfolgt. Erzwungenes Handeln ist und kann nicht moralisch akzeptabel sein. Das hat der Königsberger Philosoph Immanuel Kant uns vor geraumer Zeit eindrücklich erklärt. Steuern sind Zwangsabgaben. Der Staat nimmt Bürgern gegen ihren Willen Geld ab, um, wie er sagt, Gutes zu tun. Doch der Zweck heiligt nicht die Mittel. Eine Wohltat, die mit erpresstem Geld finanziert wird, ist nicht moralisch-ethisch. Eine solche staatliche Hilfe ist vielmehr unmoralisch. Drittens: Bei der humanitären Hilfe stellen sich stets eine ganze Reihe von ökonomischen Problemen und das gilt nicht nur für staatliche, sondern auch für privatwirtschaftlich organisierte Hilfe. Sie kann beispielsweise Abhängigkeit statt Selbsthilfe befördern, vorhandene korrupte Strukturen zementieren, eine Kultur der teuren Hilfsindustrie erzeugen. Für derartige negative Effekte ist vor allem die staatliche mit Steuern finanzierte humanitäre Hilfe anfällig, weil diejenigen, die das Ganze zu finanzieren haben – und das sind die Netto-Steuerzahler –, kaum oder gar nicht mitsprechen können bei der Wahl der Hilfsprojekte, bei der Festlegung der Hilfszahlung, bei der zeitlichen Bemessung der Hilfe. Das merken Sie augenblicklich auch bei den Budgetkürzungen, die die Regierungen vornehmen. Vermutlich haben viele Steuerzahler andere Präferenzen, nämlich bereitwillig –, wären sie willens, weiter Entwicklungshilfe zu leisten, anstatt Subventionen an Industrien zu zahlen. Viertens: Die privat organisierte humanitäre Hilfe empfiehlt sich, und das ist meine Schlussfolgerung, als die bessere Alternative ökonomisch und auch moralisch-ethisch. Die Geber entscheiden freiwillig über die Mittel, die sie meinen, bereitstellen zu können, und Hilfsorganisationen treten in den Wettbewerb, konkurrieren mit Transparenz, Rechen-



schaft und vor allem Erfolg um Hilfgelder. Beispielsweise können bestehende Institutionen hier ansetzen, über Crowdfunding, Blockchain und *Social Entrepreneurship*, Stiftungen; kirchliche Stellen und andere bieten den Markt an, diese Aufgaben zu übernehmen. Ich bedanke mich.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Reuter, Sie sind der Nächste.

SV Christian Reuter: Frau Vorsitzende, liebe Abgeordnete, vielen Dank. Ich fokussiere mich jetzt auf meine Rolle als Sachverständiger. Und das, was die Kollegen schon gesagt haben, will ich gar nicht wiederholen. Ich würde gerne drei oder vier Punkte setzen, die aus meiner Sicht vielleicht noch wichtig sind. Das Deutsche Rote Kreuz ist Teil einer weltweiten Rotkreuz-Rothalbmond-Bewegung mit 191 Rotkreuz-Rothalbmond-Gesellschaften. Wir sind lokal an praktisch jedem Ort auf diesem Planeten vertreten. Wir haben 17 Millionen Freiwillige in diesem Netzwerk und mehr als 80 Millionen Mitglieder, die das weltweite Rotkreuz-Rothalbmond-Netzwerk stärken. Lokalisierung ist das A und O. Ich kann mich daran erinnern, das war nicht nur bei dieser Bundesregierung, auch bei früheren Bundesregierungen eigentlich ein Leitsatz. Insofern unterstütze ich das ausdrücklich. Festzustellen ist aber, dass dieses leider bis heute nicht passiert. Und der Weg Richtung UN-System ist auch nicht der einzig wahre Weg. Was mir an der Stelle noch wichtig ist, sind zwei weitere Punkte: Alleine in diesem Jahr bis letzte Woche sind 21 Rotkreuz-Rothalbmond-Einsatzkräfte im Einsatz umgekommen. Das zeigt, dass unser humanitäres System nicht nur vor einer finanziellen Herausforderung, einem finanziellen Scheitern steht, sondern wir erleben, wie sich humanitäre Werte weltweit auflösen. Schwerpunktmäßig – nicht überall, aber ich sage das an der Stelle – schwerpunktmäßig natürlich auch in den palästinensischen Gebieten und in der Ukraine. Die Ukraine, ein weiteres Beispiel dafür: In der Nacht vom 1. auf den 2. Juli ist eines der zentralen Logistiklager des ukrainischen Roten Kreuzes in Kyjiw bewusst mit russischen Waffen bombardiert und zerstört worden. Mit mehr als 320.000 Hilfsgütern, die für die Menschen in der Ukraine vorgesehen waren, unter

anderem auch mit Hilfsgütern, die durch die Bundesrepublik Deutschland und das Auswärtige Amt finanziert worden sind. Für uns ist neben den Punkten, die die Kollegen aufgezeigt haben, deswegen ganz wichtig, dass wir wieder zu einer Stärkung des humanitären Völkerrechts kommen. Es gibt eine Initiative des IKRK, gestartet September 2024, die sich genau damit beschäftigt, nämlich wie stärken wir wieder die Rolle des humanitären Völkerrechts. Es gibt in diesem Jahr in Amman im Dezember die große Abschlusskonferenz. Es sind mehr als 130 Staaten, die sich an dieser Initiative mittlerweile beteiligen. Wir als DRK leisten zusammen mit dem Auswärtigen Amt auch in dem Bereich Verbreitungsarbeit, Stärkung des humanitären Völkerrechts als Teil unserer Aufgabe hier in Deutschland. Und das sind Punkte, wo ich auch auf die Unterstützung des Parlaments hoffe. Letzter Punkt, eben auch die Korrektur des Haushaltstitels, den das Auswärtige Amt in 2026 vorgelegt hat. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ja, auch Ihnen vielen Dank. Herr Südhoff hat uns eine Präsentation mitgebracht. Ich denke, Kolleginnen und Kollegen, Sie sind damit einverstanden? Dann Herr Südhoff.

SV Ralf Südhoff: Vielen Dank auch von mir für die Einladung. Ich will nicht wiederholen, was die Kolleginnen und Kollegen vorgetragen haben und mich im Eingang vielleicht darauf konzentrieren: Was hat Deutschland mit der Krise des humanitären Systems weltweit zu tun? Und Ihnen ansonsten auch unsere zehn Empfehlungen, die Ihnen ja vorliegen, ans Herz liegen. Ich möchte kurz mit einem Vergleich anfangen, weil eigentlich müssen wir nicht Sie erreichen und überzeugen, sondern Ihre Fraktionskolleginnen und -kollegen. Stellen Sie sich vor, Sie sitzen bei einem Arzt in einem Warteraum. Eine junge Frau kommt herein und ruft nach der Ärztin, weil ihre Mutter, ihre 80-jährige Mutter, ist vor der Tür zusammengebrochen und hat einen Herzinfarkt. Die Ärztin zeigt aber auf das völlig überfüllte Wartezimmer und sagt, also eine 80-jährige Frau ist jetzt nicht meine Priorität. Die ist ja gar nicht mehr arbeitsfähig. Wir müssen uns jetzt hier mal auf nützliche Mitglieder der Gesellschaft konzentrieren. Das liegt doch heute in unserem Interesse. Was hat dieser harte Vergleich mit der humani-



tären Hilfe zu tun? Wir glauben, im Moment ist die Situation weltweit in der humanitären Hilfe ziemlich so, wie in diesem beschriebenen Wartezimmer. Die humanitäre Hilfe hat ja wie der Arzt, die Ärztin mit dem hippokratischen Eid humanitäre Prinzipien – Menschen zu helfen, und zwar den Menschen in allergrößter Not –, das ist ja ein entscheidender Wesenskern. Und weil dieser massiv in Gefahr ist, ist aus unserer Sicht die humanitäre Hilfe an sich in Gefahr und droht, selbst nicht mehr zu überleben. Einerseits ist Deutschland in dem Kontext einer der wichtigsten Akteure, um das zu verhindern. Andererseits bewegt es sich leider aus unserer Sicht auf den Spuren der USA. Wie kommen wir zu so einem harten Urteil? Woran zeigt sich das? Wenn wir vielleicht ein paar kurze Zitate und Zahlen uns ansehen dürfen. Nehmen Sie den Umbau aktuell des Auswärtigen Amtes, die Auflösung der Abteilung, die für die humanitäre Hilfe zuständig war. Die Begründung in einem internen Schreiben des Auswärtigen Amtes: „Die Neustrukturierung verfolgt ein übergeordnetes Ziel, Fokussierung auf unsere Prioritäten und eine noch stärker interessegeleitete Außenpolitik.“ Zweites Beispiel: Nehmen Sie die bereits heute überraschende Vergabe der deutschen humanitären Hilfe. Ich hoffe, Sie können es lesen. Wir geben mehr humanitäre Hilfe an die Ukraine, weit mehr – das ist das Kuchenstück Europa – als an Lateinamerika und Asien, an alle Länder in diesen zwei Kontinenten zusammen. Die Grafik ist vom Auswärtigen Amt selbst. Nehmen Sie die Höhen der Hilfen. Wir sonnen uns immer noch so ein bisschen. Deutschland ist doch immer noch ein Top-Geber, auch wenn nicht mehr so schön wie früher. Das ist weit gefehlt. Der aktuelle Bericht zur humanitären Hilfe 2025 verdeutlicht, Deutschland wurde sogar von arabischen Staaten wie Saudi-Arabien und den Emiraten überholt. Es ist kein Top-Fünf-Geber mehr. Wenn man das ins Verhältnis setzt zur Wirtschaftsleistung Deutschlands, etwas, was wir *fair share* nennen, dann ist Deutschland weit abgeschlagen und leistet nicht mal im Vergleich zu dem, was von seiner Wirtschaftsleistung her angemessen wäre, um die Not weltweit zu lindern, nicht mal ein Drittel dessen und liegt nur noch auf Platz 15. Häufig ist das Gegenargument hierzu, die Menschen in Deutschland wollen das doch aber nicht mehr. Wir haben es eben auch schon angedeutet bekommen. Das

Gegenteil ist, glaube ich, der Fall. Der allerletzte Punkt. Die deutsche Bevölkerung lehnt die Kürzungen – ganz aktuelle Umfrage – in ihrer Mehrheit klar ab. 48 Prozent sagen, sie halten diese Kürzungen für falsch. Und das allerletzte Slide, eine noch größere Mehrheit von 86 Prozent sagt, sie möchte, dass die humanitäre Hilfe an Werten und an der größten Not bemessen vergeben wird und nicht an den größten Interessen. Deswegen hoffen wir mit Ihnen gemeinsam, dass wir dafür wieder werben können. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Ich danke auch Ihnen. Dann können wir jetzt in die Fragerunde starten und vielleicht für diejenigen, die uns das erste Mal zuschauen, aber auch für Sie als Fachleute: Die Kolleginnen und Kollegen können so viel fragen, wie sie wollen, haben aber dafür nur zwei Minuten Zeit für und dürfen an zwei Sachverständige die Fragen stellen. Diese haben dann wiederum vier Minuten Zeit, auf die Fragen zu antworten. Und ich versuche mitzubekommen, wer gefragt wird, so dass sie dann auch antworten können. Und wir gehen hier der Reihenfolge der Größe der Fraktionen nach vor. Und deswegen fängt die CDU/CSU Fraktion an. Und Herr Altenkamp ist der Erste, der fragt.

Abg. Norbert Maria Altenkamp (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. Bevor ich die Frage stelle, erst einmal natürlich einen herzlichen Dank an alle, die hier die Institutionen vertreten, die weltweit segensreich Hilfestellung machen, dies seit Jahren und auch sehr kompetent. Vielleicht eine kleine Vorbemerkung zu Herrn Südhoff. Mich brauchen Sie ja nicht katholisch machen, und in diesem Ausschuss wahrscheinlich die allerwenigsten. Aber es ist schon manchmal so, wie man die Frage halt stellt. 85 Prozent der Menschen sagen, wir brauchen unbedingt Reformen und gleichzeitig sagen 85 Prozent der Menschen, aber nicht bei mir. Insofern ist das durchaus immer eine Herausforderung, wenn man den Menschen die richtige Frage stellt. Und natürlich hatten wir uns auch in den vergangenen Jahren – ich bin seit 2017 hier im Deutschen Bundestag, auch in diesem Ausschuss –, und in den ersten Jahren war das toll. Jedes Jahr Aufwuchs, jedes Jahr neue Projekte. Also es war eine wirklich gute Zeit. Und jetzt haben wir eben Stagnation in der Wirtschaft und



wir müssen uns an vielen, vielen Stellen rechtfertigen, wie wir Mittel verausgaben. Insofern das nochmal als Grundsatzbemerkung vor die Klammer gezogen. Und jetzt zu meinem eigentlichen Kern. Thorsten Klose-Zuber hatte ja durchaus auch in seinem Bericht viel Selbstkritik geübt. Und Selbstkritik ist ja jetzt erst mal durchaus die Erkenntnis, die wir ja auch alle immer haben müssen, wenn wir uns verändern müssen. An welcher Stelle können wir möglicherweise auch alte Zöpfe abschneiden? Und Frau Heinlein, Sie hatten so schön gesagt, und da gebe ich Ihnen ausdrücklich recht, Geld ist nur ein Teil des Problems. Wenn dann doch strukturelle Probleme sichtbar werden und man feststellt, dass möglicherweise auch eine gewisse Fehlallokation in dem System ist. Wie würden Sie, Herr Klose-Zuber, nochmal pointiert sagen, wie ist die Neustruktur? In der Vergangenheit war es immer so: Wir geben Geld ins VN-System und dann geht das wie so eine Kaskade halt runter. Und das war sehr teuer und da ist im Prinzip auch wenig, dann am Ende unten – nicht wenig, aber ein kleiner Teil eben nur – angekommen. Also: wie kann der Geber diesem System einen anderen *Drive* geben, der ja bisher auch Teil dieser vereinfachten Kaskade war.

Die **Vorsitzende**: Haben Sie an beide Sachverständige die Frage gestellt? Nehme ich das so auf? Okay, dann Herr Dr. Klose-Zuber.

SV Dr. Thorsten Klose-Zuber: Ja, vielen Dank. Ich würde mich tatsächlich auf die Problematik konzentrieren, dass es jetzt erst mal gar nicht so sehr um neue oder zusätzliche Mittel geht, sondern um die Frage, wie mit den Mitteln, die wir jetzt noch haben, überhaupt tatsächlich noch effektive humanitäre Hilfe gelingt? Wir sollten nämlich nicht vergessen, worum geht es am Ende des Tages? Geht es darum zu schauen, wie die Milliarde Euro, die wir noch im humanitären Budget haben, so bei den Menschen in akuter Not ankommt, dass sie sie unmittelbar und am schnellsten erreicht? So, und da müssen wir einfach mal feststellen, dass sich alle Akteure im humanitären System eine kritische Frage nach der eigenen Rolle in diesem System stellen müssen. Über welche Akteure spreche ich hier? Ich spreche über die internationalen Nichtregierungsorganisationen

wie meine eigene. Ich spreche über multilaterale Organisationen, hier insbesondere die VN-Organisationen, aber natürlich auch über die lokalen humanitären Organisationen und am Ende über die Geber. Bei den INGOs haben wir das Problem, das haben sie ja auch beschrieben, dass wir im Laufe der letzten Jahrzehnte einen entsprechenden Aufwuchs gesehen haben und da setzt natürlich durchaus ein wachstumsgetriebenes Geschäftsmodell ein. Wir sehen es jetzt auch wieder in akuten Krisenlagen, dass man immer in dem Moment, wo man eine Krise hat, natürlich davon ausgeht, dass man mehr Mittel umsetzt in diesen Krisen. Das Problem ist nur: Das, was INGOs sehr häufig nicht gemacht haben, ist dann auch, die entsprechende Entscheidungsmacht und die Möglichkeiten an lokale Akteure vor Ort zu übertragen. Lokale zivilgesellschaftliche Akteure finden wir fast in jedem Kontext und es ist egal, ob das die Ukraine ist, ob das Syrien ist, ob das die Länder in der Sahelzone sind oder jetzt beim Erdbeben in Venezuela. Diese lokalen Akteure sind diejenigen, die die erste Hilfe leisten, die die Maßnahmen entsprechend beginnen, aber in dem Moment, wo dann die INGOs oder auch die UN-Organisationen dort auftreten, findet eine entsprechende Beschränkung der Macht und der Möglichkeiten der Gestaltung der lokalen Akteure statt. Und das ist ein großes Problem. Das heißt, der Fokus von Organisationen wie meiner sollte insbesondere darauf liegen, die Kapazitäten der lokalen Organisationen zu stärken und die entsprechenden Maßnahmen natürlich irgendwie zu begleiten, auch zu kontrollieren. Bei den UN-Organisationen haben wir das Problem, dass wir hier einen Verlust haben, meiner Meinung nach, was das eigentliche Kernmandat der Vereinten Nationen betrifft, nämlich konkret dort zu helfen, wo es auch kein anderer mehr kann und ansonsten zu koordinieren, wenn das nötig ist. Herr Frick hat es ja auch in seinem Eingangsstatement gesagt, die Großlogistik, die Organisationen wie das WFP bereitstellen können, die braucht es natürlich in bestimmten Kontexten. Das sind aber die fragilen Kontexte, insbesondere dort, wo es keine staatlichen und auch keine anderen lokalen Organisationen mehr gibt, die das entsprechend dort leisten können. Da bringt dieses System einen entsprechenden Mehrwert. Ansonsten würde ich mir im Sinne der Subsidiarität eine Rückbesinnung darauf wünschen, wofür bei-



spielsweise auch einmal ein Büro wie OCHA gegründet worden ist, nämlich zu Koordinierung. Datengestützte Koordinierung ist ein Mehrwert der Vereinten Nationen. Was wir aber häufig erleben, ist eine Umsetzung von entsprechenden Projekten über internationale Organisationen oder nationale Organisationen. Das ist definitiv nicht im Sinne der Effizienz. Ich vergleiche das häufig damit, dass wir in dem Kontext die GSG 9 einberufen, um Strafzettel auszuteilen. Das macht in dem Sinne auch keinen Sinn und würden wir in Deutschland beispielsweise nie tun. Bei lokalen Organisationen, in den meisten humanitären Kontexten, sind diese zahlreich vorhanden und sie sind bereit und auch in der Lage, eine Führungsrolle zu übernehmen. Wir lassen sie nur nicht. Wir lassen lokale Organisationen in der Regel nicht die entsprechende Führungsrolle übernehmen; dabei sind sie aber diejenigen, die im akuten Krisen- oder Katastrophenfall als erste vorhanden sind. Fast immer kommen die großen internationalen Akteure und suchen sich dann die Subdienstleister und das sind dann die lokalen Organisationen vor Ort. Der Geber, der hat doch die Möglichkeit, das finanziell zu steuern und zu schauen, wie man entsprechend so direkt wie möglich – und das ist eine möglichst direkte Finanzierung über lokale Organisationen – Hilfsmaßnahmen ermöglichen kann. Und das meine ich mit Subsidiaritätsumkehr.

SVe Anica Heinlein: Also, ich kann da hervorragend darauf aufbauen und ich finde diese Frage hat auch acht Minuten verdient. Thorsten Klose-Zuber ist sehr viel darauf eingegangen, wie wichtig die lokalen Akteure auch innerhalb des Systems sind. Das möchte ich dreifach unterschreiben und ich will nur noch einen Satz hinzufügen. Wir sehen in den Clustersystemen, dass die lokalen Akteure fast überall vertreten sind, in großer Zahl. Aber sie haben kaum Entscheidungspositionen innerhalb der Clustersysteme bei der humanitären Koordination. Auch da sehen wir, dass die Macht sehr deutlich bei den internationalen NGOs und auch bei den UN-Akteuren liegt. Ich würde ganz gerne aber auch noch auf einen zweiten Punkt eingehen, nämlich den *Humanitarian Reset*, über den wir heute ja auch sprechen und wo es ja auch noch einen anderen Aspekt neben der Finanzierung gibt. Man muss tatsächlich sagen, wir hören fast nur noch Themen der

Finanzierung und der *Country-Based Pooled Funds*, aber das ist ja nicht das Einzige, was in dieser Reform eigentlich angegriffen werden soll. Und ich will an dieser Stelle schon einmal vorwegnehmen, die *Country-Based Pooled Funds* sind nicht die Lösung für unsere Probleme im internationalen humanitären System. Was wir mit der Fokussierung auf diese Frage aber machen, ist OCHA zum weiteren großen Geber zu machen, während alle anderen Themen irgendwie scheinbar hinten runterfallen im Moment. Und da würde ich schon ganz gerne noch einmal darauf eingehen, was ist mit den anderen großen Bereichen? Zum Beispiel alles, was in den Bereich *Deliver* fällt. Also, wo sind die großen Vorschläge der Effizienzsteigerung, die wir definitiv brauchen bei der humanitären Situation weltweit derzeit? Wir hören tatsächlich kaum Vorschläge in diese Richtung. Wir hören auch sehr wenig dazu, was mit der Weiterentwicklung des OCHA-Kernmandats ist. Wie ist die Koordinierung zwischen den großen UN-Organisationen in Zukunft? Was ist die Rolle des *Humanitarian Coordinators* im Land? Wer berichtet an den? Wie zentralisiert man besser, dass die verschiedenen Akteure alle auf ein Ziel und auf eine gemeinsame Notlage hin Hilfe umsetzen? Und dann gibt es auch noch einen dritten großen Punkt übrigens in dieser Reform, der ist *Defend*. Nämlich die humanitären Prinzipien und das humanitäre System und, was wir im Moment sehr krass sehen, dass die USA hochkonditionalisiertes Geld in dieses System gegeben haben, was tatsächlich eine Gefahr für das gesamte System ist. Im Moment läuft dieses System noch gesondert von den normalen *Country-Based Pooled Funds*, aber tatsächlich in der direkten Projektumsetzung kann man das ja nicht immer überall auseinanderhalten und wir können da gerne auch noch eine Runde tiefer einsteigen, wir haben zum Beispiel Konditionalisierungen in der Länderauswahl, wir haben Konditionalisierung in thematischen Verwendungen von dem Geld und da gibt es teilweise mündliche Ausnahmen, aber es sind mündliche Aussagen. Wer verlässt sich denn heutzutage bei Geld auf eine mündliche Zusicherung, dass man eine Ausnahme gelten lässt? Einen letzten Satz vielleicht dann doch noch zur Finanzierung. Wir brauchen verschiedene Finanzierungsmechanismen und *Country-Based Pooled Funds* sind ein gutes Mittel, aber eben nicht nur die UN-gesteuerten, son-



dern auch die zivilgesellschaftlichen. Denn da sind tatsächlich die Hürden für lokale Organisationen sehr oft sehr viel niedriger, um Geld zu beantragen, um auch an kleinere Beträge heranzukommen und so in – ganz oft – Nischenbereichen, aber auch entlegenen Regionen umsetzen zu können. Einfach deswegen, weil die ganz oft nicht die Größe haben, um diese Riesenmargen abzurufen, die die UN hat. Und wenn wir diese Kaskade von Geld-Aneinander-Hängungen verhindern wollen, dann brauchen wir auch weiterhin zivilgesellschaftliche *Country-Based Pooled Funds* – ich hätte gern ein deutsches Wort hierfür.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. So, jetzt kann Dr. Rothfuß die nächste Frage stellen.

Abg. Dr. Rainer Rothfuß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende und auch allen Sachverständigen, herzlichen Dank für das Einbringen so vieler Fachperspektiven. Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Polleit, und zwar in Puncto Abgrenzung staatlicher humanitärer Hilfe von privater humanitärer Hilfe. Es ist sicherlich irgendwo ein Mittelweg zu wählen und da wäre für mich die Frage der Abgrenzung ganz wichtig, denn wir hatten es schon eingangs gehört, Herr Dr. Frick zum Beispiel mit dem *World Food Programme* ist ja für Hilfe in Situationen zuständig und auch wichtig, wo private kleine Organisationen keine Zugänge haben, wie zum Beispiel in Gaza. Es ist aber in der Tat so, dass eben der freie Wettbewerb in der humanitären Hilfe auch bedeutet, dass der Ideenreichtum gesteigert wird, dass die Wirksamkeit der Hilfe, die Orientierung auch an den Bedürfnissen der betroffenen Bevölkerung größer wird – also durch diesen Wettbewerb stechen natürlich dann auch Organisationen hervor, können zeigen, wie sie letztendlich leichter reagieren können, schneller, flexibler und wirksamer vielleicht Hilfe leisten können. Also das heißt, es gibt in diesem Spektrum der humanitären Hilfe sicherlich eine gewisse sinnvolle Abgrenzung, wo macht privat mehr Sinn und wo macht staatlich oder großinstitutionalisiert mehr Sinn? Und da hätte ich auch gerne von Frau von Manteuffel als Vertreterin eines privaten Hilfswerks gerne gewusst, wo von ihrer Seite aus diese Abgrenzung Sinn macht und von Ihnen, Herr Polleit, hätte ich noch gerne gewusst, wie könnte der Staat es för-

dern, vielleicht auch durch steuerliche Anreize, dass private Hilfe favorisiert, erleichtert, stärker angeregt wird? Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Sie hatten Herrn Polleit angesprochen.

SV Prof. Dr. Thorsten Polleit: Danke, Frau Vorsitzende. Also grundsätzlich als Ökonom kann ich Ihnen sagen, Probleme, die sich stellen in unseren Gesellschaften – Knappheitsprobleme insbesondere – für deren Lösung gibt es nichts Besseres als den freien Markt. Da treten diejenigen auf, die etwas anzubieten haben und fragen diejenigen nach, die etwas wünschen und wenn beispielsweise Preise steigen für bestimmte Güter, dann signalisiert das Knappheit, das gibt Anreize für diejenigen, die das gut produzieren, mehr davon bereitzustellen, also die Knappheit zu lindern und die Bedürfnisse der Nachfrager zu stillen. Und das ist letztlich auch das Geheimnis des Wohlstandes des Westens, dass wir in der Lage sind, unsere Knappheitsprobleme dem Markt zu übertragen. Und ich weiß, im Kreise der heute hier Anwesenden gibt es wahrscheinlich eine gewisse Hemmschwelle, dieses Prinzip auch in der humanitären Hilfe zu akzeptieren. Denn es ist ja auch so – und jetzt komme ich genau auf diese Unterscheidung, die Sie angesprochen haben, Herr Dr. Rothfuß –, macht man das staatlich, macht man das privat? Sie alle sehen ja momentan –, Sie sprechen ja vielfach sogar von der Krise eines Systems, was hunderte von Milliarden Euro verschlingt. Allein in Deutschland werden 25 Milliarden in 2025 ausgegeben für humanitäre Hilfe. Damit ist Deutschland weltweit das größte Geberland mit etwa 550 Euro pro Erwerbstätigen. Das ist sehr, sehr viel. Also ich nehme das auf, dass Sie das aktuelle Geschehen als humanitäre Krise bezeichnen. Und dann stellt sich natürlich die Frage, was sind Alternativen? Und eine Alternative ist, einen freien Markt für humanitäre Hilfe zu organisieren. Und ich denke, der Hinweis, dass es ohnehin schon private Hilfswerke gibt, die sich durch Einwerben von Geldern finanzieren, ist ein Indiz, dass dieser Weg gangbar ist. Und wenn man noch etwas weiter ökonomisch darüber nachdenkt, dann kann man natürlich auch Anreizmechanismen erkennen, die die Gebefreude auch erhöhen kann. Beispielsweise, wenn Unternehmen ein-



steigen können – sie sprachen die steuerliche Vergünstigung an –, dass man also nicht nur bei Parteispenden eine steuerliche Vergünstigung einräumt, sondern beispielsweise auch bei humanitären Zahlungen einen Steuerbonus gewährt und entsprechend das Potenzial der Geber dann mobilisieren kann. Also all das ist möglich. Und ich habe als Ökonom wenig Zweifel, dass das letztlich auch zu einer besseren Lösung führen wird. Sie sehen die *Social Media* heutzutage, da gibt es neue Firmen, die sich mit neuen Geschäftsmodellen international etablieren. Ich denke auch, gerade in den westlichen Ländern, christlich geprägten Ländern, die Nächstenliebe, die Gebefreude ist da. Das lässt sich alles mobilisieren und ich glaube gerade bei den Herausforderungen, die ich hier gehört habe, bei vielen Hilfsorganisationen, denke ich, ist das eine sehr, sehr effiziente und gangbare Lösung. Eben nicht zu versuchen, mit dem Staatsapparat das zu bewirken, sondern auf Freiwilligkeit zu setzen, auf die Anreizwirkung des Marktes, wo sie auch passgenaue Lösungen konstruieren und bereitstellen können. Und insofern war das, das hatten Sie mir gewissermaßen mit Ihren Fragen auch aufgegeben, Herr Rothfuß, eine Überlegung, eine Abwägung zu treffen und die Abwägung, die ich getroffen habe, ist eindeutig für eine Privatisierung der humanitären Hilfe. Ich halte das für die effizientere und überlegenere Lösung.

Die **Vorsitzende:** Frau von Manteuffel, Sie wurden auch angesprochen.

Sve Marie von Manteuffel: Ja, ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich die Frage vollumfänglich verstehe, weil ich keinen Widerspruch sehe in der Frage, was den Wettbewerb verschiedener Organisationen angeht, je nachdem, woher die Gelder kommen. Es ist so, dass auch für öffentliche Gelder des Auswärtigen Amtes im Falle Deutschlands jährlich ein *Call for Proposals* rausgeht und da können Sie gewiss sein, dass der Wettbewerb um die Projekte, die dann angenommen werden, sehr hoch ist. Gerade dieses Jahr war es so, dass dadurch, dass der humanitäre Titel im vergangenen Jahr dramatisch um 53 Prozent gekürzt wurde, beziehungsweise dann die Kürzung beibehalten wurde, aber in den Vorjahren es einen großen Zuwachs gegeben hatte. Wir alle, die in Deutsch-

land registrierte Hilfsorganisationen sind, in den Projektländern schon Strukturen aufgebaut hatten oder eben im Fall beispielsweise von Caritas, wir haben keine eigenen Strukturen vor Ort, sondern wir setzen eben auf die sowieso vorhandenen Strukturen, wir sind vor Ort nicht registriert. Nichtsdestotrotz geht es natürlich uns um die Projekte, die teurer werden, die größer werden sollten, der Bedarf, der steigt, der steigt, der steigt. Und ob wir jetzt in einem freien Spendenmarkt unser Modell anpreisen und hoffen, dass die Bevölkerung uns weiter mit ihrem Geld vertraut, hat wenig Unterschied zu der ähnlichen Hoffnung gegenüber einem öffentlichen Geber. Nur, dass wir hier in einem, ehrlich gesagt, noch härteren Wettbewerb sind, weil man dann, wenn man denn mit einer Projektskizze erfolgreich war, noch typischerweise eine erhebliche Transparenzhürde überhaupt erst mal übersteigen muss, erklimmen muss, um dann diese Gelder auch wirklich zu erhalten, dass die wirklich ausgezahlt werden. Typischerweise muss man Studien zur Machbarkeit zu verschiedensten Aspekten vorlegen, beispielsweise, wenn man in einem Länderkontext tätig ist und dort sowohl aus dem Auswärtigen Amt als auch aus dem BMZ Gelder erhält, muss man auch eine extra Studie vorlegen, wie denn der sogenannte „Nexus“, das heißt, das Ineinandergreifen von, Sie haben vorhin ein bisschen Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in einen Topf geworfen, aber es sind ja verschiedene Instrumente und in Deutschland auch zwei verschiedene Bundesressorts dafür zuständig. Das heißt, um überhaupt starten zu können, legen wir hier Studien vor, wie die verschiedenen Instrumente ineinandergreifen. Das heißt, wir haben einen erheblichen Transparenzaufwand, wir haben einen erheblichen, ja, eben durchaus Wettbewerb. Der Unterschied vielleicht zu anderen Bereichen, zu anderen Operationsbereichen ist, dass wir uns sehr ähneln in der Sache, um die es uns geht. Insofern ist das weniger ellenbogenhaft vielleicht als in anderen Bereichen und wir schauen, dass wir im Interesse unserer aller *Social Mission* möglichst zusammen vorankommen. Mein Eindruck ist, dass die größere Frage ist, was denn Deutschland an sich selbst als Anspruch stellt. Wollen wir als Deutschland in der Welt eine *Softpower* sein, die ernst genommen wird, die bei Wahlen beispielsweise zum UN-Sicherheitsrat wahrgenommen wird als jemand, der



eben nicht nur auf militärische Stärke setzt, sondern auf humanitäre Diplomatie und humanitäre Hilfe auch in entlegenen Krisen, nicht vergessen, aber vernachlässigten Krisen, auch dort weiterhin leistet. Die Bundeswehr spricht vom sogenannten „One-Theater-Approach“, alles hängt mit allem zusammen und wir sehen es gerade jetzt in Venezuela, wo man jetzt überhaupt wieder schauen muss, wie man handeln kann, wenn man nicht – als wie jetzt in diesem Fall eben Caritas – vor Ort schon weiter ist.

Die **Vorsitzende:** Die nächsten Fragen stellt die SPD-Fraktion, Herr Kollege Dr. Stegner.

Abg. Dr. Ralf Stegner (SPD): Frau Vorsitzende, gestatten Sie mir eine kurze Vorbemerkung und dann eine Frage an Herrn Südhoff. Was die Vorbemerkung angeht: Humanitäre Hilfe ist ja oftmals auch der Ausgleich für Folgen staatlichen Handelns und staatlicher Verantwortung, öffentlicher Verantwortung – im Übrigen bedient sich der Staat ja auch privater Institutionen, um diese Hilfen durchzuführen. Wenn ich mir das Marktwirtschaftsmodell vorstelle, dann kann ich mir durchaus vorstellen, dass es Unternehmen gibt, wie die Glücksspielindustrie oder jemand, der billige Arbeitskräfte sucht, der ein Interesse hat, aber das ist nicht das Interesse des Staates, sondern das ist ein gemeinnütziges und das ist auch nicht karitativ, sondern das ist eines, das hat etwas mit Bedarfen zu tun, für die es öffentliche Verantwortung gibt. Das gesagt habend, würde ich gerne Herrn Südhoff fragen – weil er von der Gefährdung der humanitären Hilfe gesprochen hat –, was denn aus Ihrer Sicht die fiskalischen, die organisatorischen und die inhaltlichen Ansprüche sind, um das zu reparieren, inhaltliche Ansprüche im Sinne von, wie würden Sie das priorisieren?

Die **Vorsitzende:** Frau Heinrich.

Abg. Gabriela Heinrich (SPD): Herr Südhoff, ich fand es erst mal sehr angemessen, dass Sie uns gezeigt haben, was aktuell eigentlich Stand der Sache ist, was die Ausgaben für die humanitäre Hilfe anbelangt, und wo wir da stehen, und genauso, was die Umfragen anbelangt, weil da gibt es ja sehr, sehr unterschiedliche Einschätzungen,

was das alles anbelangt. Ich würde ganz gern nochmal, Frau Heinlein hatte damit angefangen, mit dem *Humanitarian Reset*, wo Sie – also Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass Sie dadurch auch sehen, dass das so nicht funktioniert und welche Ideen Sie da haben, wie man das von deutscher Sicht her unterstützen könnte, dass da tatsächlich eine bessere Ausgangslage für vorhanden sein könnte. Danke.

Die **Vorsitzende:** Herr Südhoff.

SV Ralf Südhoff: Ja, vielen Dank. Zwei sehr, sehr große Fragen. Ich weiß gar nicht, ob ich jetzt acht Minuten sprechen darf, weil ich ja zwei Fragen habe, aber ich möchte niemanden erschrecken. Ich beschränke mich auf vier Minuten, hoffe ich. Also ich fange mal mit dem *Humanitarian Reset* an. Wir haben in der Tat, glaube ich, eine Situation, wo man fair sagen muss, dass wir vor gut anderthalb Jahren einen relativ guten und dynamischen Reformstart hatten mit relativ ambitionierten Zielen, auch im UN-Kontext. Vielleicht auch mit dem frischen Wind des neuen *UN Emergency Coordinators*, der relativ klare Vorgaben propagiert hat, nämlich erstens Stichwort rapide Lokalisierung, insbesondere über *Pooled Funds*, dass über 70 Prozent der Mittel über *Pooled Funds* an lokale Hilfsorganisationen vor Ort gehen sollen. Zweitens, eine Neuaufstellung der Hilfe, wie sie vor Ort koordiniert wird durch sogenannte *Humanitarian Coordinators*. Die gibt es schon heute. Die sind aber weitgehend einfluss- und machtlos, weil sehr große Hilfsorganisationen sehr autonom agieren und sehr wenig sich koordinieren müssen, wenn sie nicht wollen. Und ich weiß aus meiner eigenen praktischen Erfahrung, welche Folgen das haben kann. Und wir haben zum Dritten einen klaren Fokus des *Humanitarian Resets* darauf, die Effizienz zu steigern. Ich fürchte, alle drei Prozesse sind nicht auf gutem Weg. Wir haben zum einen die *Pooled Funds*, die *Country-Based Pooled Funds*, die man, glaube ich, durchaus sowohl als ein wichtiges Element der Reform, als auch eine wichtige Effizienzsteigerung für *Pooled Funds* insgesamt sehen kann, weil wir im Moment ja tatsächlich einen extremen Wettbewerb haben. Da würde ich auch klar widersprechen, dass es uns an Wettbewerb mangelt. Wir haben eher einen übertriebenen Wettbewerb von



Hilfsorganisationen, die aus einer eigenen Organisationslogik, für die sie gar nichts können, sehr kompetitiv *Fundraising* betreiben müssen, sehr kompetitiv sich in denselben Krisen positionieren, weil die Spenden – Ukraine beispielsweise ist eine auch privat massiv – es klingt immer so hart – eine massiv überfinanzierte Krise im Vergleich zu sehr, sehr vielen anderen humanitären Krisen, wo noch viel mehr Menschen, noch viel mehr leiden, weil es eben im *Fundraising* und auch gerade im privaten *Fundraising* viel besser zu vermitteln ist. Deswegen spricht überhaupt nichts gegen private Dienstleister und teils Kosteneffizienz und eine Arbeitsteilung hier und da, kann ich auch bestätigen. Wir haben intensiv mit Mastercard zusammengearbeitet, als ich beim *World Food Programme* war, große Bargeldprogramme und so weiter. Das funktioniert aber in 80 Prozent der Krisen nicht, weil es gar keine Märkte gibt in einem Kriegsgebiet. Deswegen muss man da auch einfach unterscheiden und auch wissen, was ist Entwicklungshilfe und was ist humanitäre Hilfe. Um auf Ihre Frage zurückzukommen, dieser *Humanitarian Reset* ist aus meiner Sicht nicht mehr auf einem guten Weg, die *Country-Based Pooled Funds* sind in der Tat, das wurde hier schon angedeutet, mittlerweile massiv US-finanziert. Diese Gelder werden zwar nach Möglichkeit getrennt von anderen Zusagen, die es aber kaum noch gibt, weil mittlerweile die Gelder, die über die USA in die *Pooled Funds* von OCHA fließen, drei bis viermal so hoch sind als das, was je eingezahlt wurde. Es gibt den Spruch, die USA haben OCHA gekauft. Deswegen müssen wir, glaube ich, sehr aufpassen, dass ein prinzipiell, glaube ich, nach wie vor sinnvolles Instrument, wie auch große *Pooled Funds*, geschützt wird und wirklich humanitären Prinzipien und Lokalisierung dienen sollen. Das ist nicht der Fall. In der Vergangenheit war OCHA relativ gut unterwegs dabei, mit 40 Prozent bereits an lokale Akteure. Mittlerweile sind es vier bis fünf Prozent, weil die Amerikaner Konditionen auferlegen, die überhaupt nicht anders umsetzbar sind und plötzlich geht das ganze Geld wieder an sehr große Organisationen. Und es zeigt sich ganz ähnlich in anderen Bereichen. Wir haben das Stichwort Lokalisierung damit im Grunde auch schon betont und wir haben Prozesse, die massive Folgen haben, gerade bei den Kürzungen, erneut für lokale Akteure und Akteure, die aber bei all

diesen Prozessen, auch was die Partizipation anbelangt, am wenigsten mit am Tisch sitzen. Also diejenigen, die am meisten leiden, ohnehin natürlich die Betroffenen vor Ort, aber auch die lokalen Hilfsorganisationen, können eigentlich am wenigsten mitdiskutieren, was sich verändern müsste. Und deswegen wäre es so wichtig, dass Deutschland das, was es auch angefangen hat – übrigens vor einem Jahr –, wieder aktiver begleitet und seine Binnenschau durch den Umbau und so weiter zügig beendet. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke. Das nächste Wort hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Mijatović.

Abg. Boris Mijatović (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende und vielen Dank an Sie als Expertinnen und Experten. Ich bin froh, dass wir heute diesen Austausch auch in der fachlichen Tiefe führen, weil mir das manchmal sehr abhandenkommt in unseren politischen und öffentlichen Debatten um die Ausgabeposten. Wir reduzieren manchmal dieses Thema auf einzig und allein die Frage, wie viel ist es uns wert? Und ich habe häufiger das Beispiel bemüht, dass für mich das humanitäre System eine Art Feuerwehr ist. Und ich bin zwölf Jahre in der Kommunalpolitik gewesen und ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir in der Kommunalpolitik darüber gestritten haben, ob wir eine Feuerwehr brauchen, sondern wie wir sie am besten ausstatten. Und deswegen wäre ich sehr dafür, dass wir die Debatten aus diesen einzelnen und allein fiskalischen Punkten herausnehmen. Meine Fragen gehen an Frau Heinlein und Frau von Manteuffel. Frau Heinlein, erstmal alles Gute zum Geburtstag. Sie haben, ähnlich wie ein anderer großer humanitärer Kämpfer, Geburtstag. Er ist 80 geworden. Roméo Dallaire war damals General 1993-94 in Ruanda und wir haben da gelernt, was eine Krise bedeutet, wenn wir unterfinanzieren und wenn wir nicht präsent sind. Und damals war der Leiter von OCHA Kofi Annan. Und meine Frage geht jetzt auch in diese Richtung. Was ist der Zustand, also welche Reformen brauchen wir denn bei OCHA, damit wir Lokalisierung nicht nur als Finanzierungsziel sehen, sondern eben auch Entscheidungsstrukturen und Machtverhältnisse bei der UN und dann auch im Verbund der internationalen und lokalen Partner verändern



können? Und dann, welche Verantwortung tragen wir eigentlich in Deutschland dafür? Und Frau von Manteuffel, vielleicht darf ich die Frage an Sie richten. Sie haben ja vorhin auch gehört, dass wir über Gaza und die *Gaza Humanitarian Foundation* gesprochen haben. Ich würde Sie fragen wollen – Sie warnen davor, dass solche Modelle Schule machen könnten – was ist denn so gefährlich an diesem Modell? Gleichwohl ich die Antwort kenne, würde ich mich freuen, wenn Sie diese ausführen könnten. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Dann zunächst Frau Heinlein.

Sve Anica Heinlein: Vielen Dank für die Frage. Welche Reformen brauchen wir bei OCHA, um wirkliche Lokalisierung zu erreichen? Einiges davon ist schon angesprochen worden. Die Frage ist, führen wir die richtigen Diskussionen, um da hinzukommen, wo wir eigentlich hinmüssen? Ich habe das Gefühl, wir führen die Diskussionen gar nicht mehr, weil, wenn wir jetzt mal ganz ehrlich sind, dann ist wirkliche Lokalisierung auch wirklich anstrengend. Die Erfahrung haben alle großen Organisationen gemacht. Macht abzugeben ist nie besonders angenehm für diejenigen, die sie haben. Und dann Organisationen zu begleiten und wirklich aufzubauen, ist sehr viel mehr Arbeit, als man das immer denken würde. Das heißt, was uns, glaube ich, als allererstes begleiten muss, ist eine wirkliche Diskussion über die Frage, wie kommen wir da hin und wo kommt die humanitäre *Governance* her. Und das liegt tatsächlich in der Hand von OCHA. Bislang wird da aber noch nicht viel einberufen, dass wir diese Diskussion führen. Wir hätten da ein paar Vorschläge. Die kann ich jetzt gerne auch ganz kurz anreißen. Eine Frage ist tatsächlich, und es ist schon ein paar Mal angeklungen, die wirkliche Verlagerung von Macht. Solange wir lokale Organisationen nicht an den Positionen haben, dass sie maßgeblich mitsprechen, zum Beispiel im Clustersystem, und zwar auch in den Vorsitzen von Clustern – und da sprechen wir nicht von den internationalen Organisationen, die diese Positionen sehr oft begleiten, sondern wirklich den lokalen Organisationen, die ihre lokalen *Communities*, die Struktur und die Länder am allerbesten kennen – werden wir wahrscheinlich nicht sonderlich viel weiterkommen. Und dafür braucht man auch wirkliche Investitionen in die-

sem Bereich. Das ist nämlich die andere Seite der Medaille. Dadurch, dass wir nur noch diese *Life-saving*-Diskussion haben, bricht alles, was Kapazitätsaufbau ist, weg. Und wer bezahlt denn den? Und das haben wir vorhin übrigens auch schon gehört, den Kapazitätsaufbau, den machen ganz oft die internationalen Nichtregierungsorganisationen. Die machen die Trainings, die erklären, wie das System funktioniert, die finanzieren übrigens auch die Stellen, dass Leute in den lokalen Organisationen überhaupt physisch entsandt werden können in diese Organisationen, weil die nämlich anders als wir 24 Stunden, sieben Tage die Woche mit der *Response* zu tun. Die haben schlicht nicht die personellen Kapazitäten, sich in irgendeinen Meetingraum zu setzen und zu sprechen; da haben wir eher das Problem, dass sie komplett ausbrennen, weil sie durcharbeiten. Eine andere Frage, die wir überhaupt nicht angehen, ist, wie ist eigentlich die Risikoverteilung an vielen Punkten? Das ist sowohl physisch – also alles, was Ausstattung von Organisationen ist, ist oft ein Add-on, wenn es um wirklich physische Ausstattung geht –, aber es ist tatsächlich auch finanziell immer wieder eine Frage. Ich finde es sehr spannend, dass wir in der Ukraine jetzt erstmals ukrainische Organisationen direkt fördern, nachdem wir jahrelang gehört haben, das geht eigentlich nicht. Es geht offensichtlich doch und das ist auch in Länderkontexten eine Frage, die wir uns stellen müssen. Das sind zwei große Bereiche, mit denen wir schon mal wirklich weit kommen würden, wenn wir damit anfangen würden. Und dann müssen wir vielleicht doch noch mal – das habe ich vorhin schon gesagt, aber ich komme noch mal darauf zurück –, auf die Frage des Systems schauen. Wo brauchen wir wirklich einen OCHA koordinierten *Country-Based-Pooled-Fund-Mechanismus* und wo brauchen wir ihn nicht? Wo brauchen wir zum Beispiel zivilgesellschaftlich geführte *Country-Based-Pooled-Funds* und wo brauchen wir auch ganz gezielt direkte Finanzierung von Akteuren, die über gar keinen *Pooled Fund* laufen? Wir brauchen quasi ein Ökosystem, das in verschiedene Bereiche ausstrahlt und möglichst gut da agiert, wo es steht, und da geht halt – und da kommen wir wieder zu dem Punkt, der wirklich eine alte Weisheit ist – es geht hier nicht um *One-Size-Fits-All*: Jede Krise ist anders. Ruanda ist anders als Afghanistan, Palästina ist anders als Jemen



und ja, wir können grundsätzliche Strukturen aufsetzen, aber das System braucht immer noch die Flexibilität, auf diese einzelnen Charakteristika reagieren zu können.

Die **Vorsitzende:** Frau von Manteuffel, Sie sind auch angesprochen worden.

Sve Marie von Manteuffel: Ganz vielen Dank für die Frage. Ich würde einsteigen mit dem Zeitpunkt, zu dem diese so genannte *Gaza Humanitarian Foundation* eingerichtet wurde, und zwar im Mai, Juni letzten Jahres, nachdem bereits zwei Monate lang keine der etablierten humanitären Hilfsorganisationen mehr Zugang zum Gazastreifen hatte. Das muss man sich wirklich noch mal vergegenwärtigen. Das ist quasi präzedenzlos, dass ein so großes und so dicht besiedeltes Gebiet einfach abgeriegelt wird und Hilfsorganisationen keinen Zugang zu der Bevölkerung haben. In dieser Situation, nachdem sowieso schon anderthalb Jahre lang mit wahnsinnigen Schikanen Einfuhrmöglichkeiten für Hilfsorganisationen, sowohl UN- als auch zivilgesellschaftliche Hilfsorganisationen beschränkt worden waren, wurde vermeintlich eben als Option zum Überleben diese *Gaza Humanitarian Foundation* eingerichtet. Die bestand aus von den USA eingeflogenen Söldnern, die schwer bewaffnet an zentralen, zentralisierten, ganz wenigen Orten – es waren, ich möchte nicht lügen, es waren vier, genau –, Orten im Gazastreifen, die lebensnotwendigen Nahrungsmittel ausgegeben haben. Das war sozusagen der erste Teil der Perversion, der Zeitpunkt. Der zweite Teil der Perversion war, dass man vermeintlich eine Alternative geschaffen hat, um nach außen zu zeigen, Menschen, wenn sie denn nur da hinkommen, müssen ja gar nicht sterben. Wenn sie –, weil zeitgleich IPC 5, also wirklich eine akute Hungersnot ausgerufen wurde – und es hieß damit, die Menschen, die sich dort nicht Hilfe holen, sind ja quasi selber schuld. Was natürlich ein Wahnsinn ist, wenn man sich angeschaut hat, dass die Menschen, um dort Hilfe zu erlangen, teilweise über Kilometer durch militärisches Sperrgebiet gehen mussten, um überhaupt hinzukommen. Weil es völlig unklar war, wo die sogenannten Korridore, die sogenannten gesicherten Korridore denn seien, denn verlaufen würden, die die Menschen entlang gehen mussten, um an diese

Stellen zu kommen, wo dann in wirklich denkbar entwürdigender Weise auch noch die Hilfsgüter, die sie eben zu verteilen hatten, verteilt wurden. Mit dem Effekt – gibt verschiedene Rechnungen, aber was feststeht ist –, dass 1.400 Menschen dabei zu Tode gekommen sind. Das muss man sich wirklich auch noch mal vergegenwärtigen. Bei dem Versuch, lebensrettende Nahrungsmittel für sich oder für seine Familie zu bekommen. Weil da natürlich keine Kinder, keine Alten, keine Kranken, keine Schwangeren, keine stillenden Frauen hingehen konnten, sondern die Männer geschickt wurden, die dann für die gesamte Familie versuchten, irgendwie Lebensmittel zu bekommen. Bei dem Versuch, die eigene Familie am Leben zu halten, wurden 1.400 Menschen getötet. Das ist ein Irrwitz, was natürlich auch dazu führt, dass ein zweiter Effekt kam, das Brechen der Bevölkerung, das Brechen des Willens der Bevölkerung, in irgendeiner Weise noch die Würde aufrechtzuerhalten. Und wenn das einhergeht mit einer Straflosigkeit, die wir gesehen haben – wenn auch da quasi präzedenzlos, nach wie vor keine internationalen Medien Zugang haben – es gab keine unabhängige oder kaum unabhängige Berichterstattung –, untergräbt man jegliches Vertrauen und Vertrauen ist wirklich ein extrem hohes Gut im humanitären Bereich. Vertrauen brauchen die Menschen, um die es uns geht, um zu uns zu kommen, um die Hilfsleistungen überhaupt in Anspruch nehmen zu können. Vertrauen brauchen aber auch wir als Akteure, weil das ist unser Job. Wir gehen dahin, wo es knallt, und das können wir nur, wenn – wir haben vorhin gehört, dieses Jahr 21 Todesfälle allein des Roten Kreuzes, in den letzten Jahren sind die Zahlen in entsetzliche Höhen geschneilt. Wir können weltweit nur unsere Arbeit leisten, wenn wir ein Minimum an Vertrauen in das System haben, dass alle sich an humanitäre –, an internationales humanitäres Völkerrecht halten und wenn das ein mit Deutschland so eng befreundeter Staat wie Israel in dieser grotesken Weise außer Kraft setzt, dann steht wirklich die gesamte Frage der humanitären Hilfe in jeglichen Konfliktgebieten weltweit auf dem Spiel.

Die **Vorsitzende:** Frau Fey.

Abg. Katrin Fey (Die Linke): Vielen Dank für Ihre



Ausführungen und ja, wo fängt man an? Also erstmal möchte auch ich an die Mitarbeiter, die Getöteten erinnern. Also ich denke, das hören wir eigentlich hier sehr häufig in der Berichterstattung, dass es getötete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, und ja, da ist jeder einzelne zu viel und darum muss das Vertrauen her, das haben wir jetzt gerade gehört. Das empfinde ich auch als sehr wichtig und habe aber auch bei der Reise, die wir zusammen gemacht haben, erlebt, dass das eben sehr schwer ist. Vertrauen basiert ja auch auf dem Völkerrecht, zum Beispiel. Da würde ich jetzt auch gerne meinen Schwerpunkt darauf legen bei den Fragen. Das Völkerrecht, das zunehmend eben unter Beschuss kommt, außer Kraft gesetzt wird, ignoriert wird, und auch nicht mehr geahndet wird – wie es Frau Heinlein auch sagte, dass Verstöße geahndet werden müssen. Genau, und da würde mich zum einen interessieren – die eine Frage geht an Frau von Manteuffel, die nächste an Frau Heinlein. Frau von Manteuffel, Sie sprachen eben auch von einer zunehmenden Politisierung der humanitären Hilfe als zusätzliches Problem. Da würde mich einmal interessieren, die Praxis des Auswärtigen Amtes, wie sich das da eben äußert und aber auch das Phänomen des *Board of Peace* von Donald Trump, welche Rolle das spielt bei dieser Sache. Und für Frau Heinlein hätte ich gerne die Frage, welche Auswirkungen eben diese zunehmenden Völkerrechtsbrüche und Angriffe auf humanitäre Helferinnen und Helfer auch auf ihre Arbeit haben, also auch die Arbeit ihrer Partnerorganisationen, Und ich würde auch gerne – wir haben hier eben Kant gehört – nochmal an den kategorischen Imperativ erinnern. Ich würde sagen, wer heute Abend Langeweile hat, liest sich den noch mal durch und führt den sich mal zu Gemüte. Ich glaube, das ist eine wichtige Aussage für humanitäre Hilfe.

Die **Vorsitzende:** Frau von Manteuffel.

Sve Marie von Manteuffel: Ganz vielen Dank. Entschuldigung, ich bin noch dabei, Fragen mitzuschreiben. Vielen Dank für die Frage. Ich fange an mit der Hausreform des Auswärtigen Amtes. Wir werden sehen, wie es sich auswirkt. Das möchte ich eindeutig vorweg sagen. Was wir allerdings sehen, Ralf Südhoff hat es vorhin ausgeführt, die bisherige Abteilung, in der kon-

zentriert Expertise aufgebaut wurde, um über humanitäre Hilfsprojekte weltweit zu entscheiden und diese mit grundsätzlicher Arbeit zu begleiten, wurde aufgelöst und wird dezentral in die Regionalabteilungen wandern – zumindest was die zivilgesellschaftliche humanitäre Hilfe weltweit angeht. Es gibt natürlich auch zukünftig zentrale Stellen. Die Frage ist aber erstens, wer entscheidet denn an welcher Stelle und zu welchem Zeitpunkt, wie viel Gelder in welche Regionen gehen – und auch da, vielen Dank Ralf Südhoff für das sehr eindrückliche Schaubild vorhin. Wir sehen schon jetzt eine völlige Überproportion, also innerhalb des kleiner werdenden Budgets, eine überproportionale Zentrierung auf die Ukraine, für die es gute Gründe gibt. Die Gründe sind aber sicherlich nicht die humanitären Prinzipien. Die sind sicherlich nicht das Primat des humanitären Bedarfs, nach dem sich alles andere sekundär zu richten hat. So zumindest die intrinsische Logik der humanitären Hilfe. Man schaut, wer braucht es am dringendsten, und zwar jetzt, und alles andere ordnet sich dieser übergeordneten Frage unter. Wie sich dieses Primat, dieses Gebot der unabhängigen Hilfsleistung, dann am Ende in der neuen Struktur umsetzen lässt, das wird sich zeigen. Die Wahrscheinlichkeit ist nicht sehr groß. Es ist jedenfalls schwieriger geworden, weil – und auch das sehen wir natürlich jetzt, auch da wieder das Beispiel Venezuela. Lateinamerika wurde auch wirklich explizit in den letzten Jahren durch das Auswärtige Amt depriorisiert. Damit gab es keinerlei Rücklagen und jetzt ist natürlich wirklich die große Frage –. Es ist sehr zu begrüßen –. Auch wir als Caritas, wir haben noch ein laufendes Auswärtiges Amt-Projekt in Venezuela gehabt, das jetzt aufgestockt werden konnte. Aber das sind kleine Beträge, und jetzt stellte sich plötzlich die Frage: Wo kriegt man denn das Geld her? Es sind keine Rücklagen da. Zieht man die jetzt aus der Ukraine ab, wo sehr viel größere Rücklagen da waren als für Gesamt-Asien und Gesamt-Lateinamerika? Wo soll das Geld denn herkommen? Wie das also in der Zukunft ineinandergreifen soll, das ist wirklich die Frage, und wer sich da mit welcher eigenen Agenda – und wie gesagt, es gibt andere Gründe, es gibt berechnete Gründe dafür, auch in die Ukraine humanitäre Hilfe zu geben –, aber es ist wirklich eine andere Logik als die der humanitären Prinzipien. Jetzt noch kurz 50 Sekunden zum *Board of Peace*,



das ist natürlich noch eine völlig andere Dimension. Wir sehen einfach, dass im Moment ausprobiert wird, was so geht und dass die multipolare Weltordnung implodiert, ohne dass man so richtig eine Vorstellung hat, wie es eigentlich weitergehen soll. Das sehen wir im Großen, das sehen wir im Kleinen. Was wir vor allen Dingen aber sehen ist, dass das Unwidersprochene, sich dem fügen und hoffen, dass es irgendwie schon nicht so schlimm werden wird, das funktioniert nicht. Denn wir sehen wiederum in – also unsere US-Amerikanische Caritas, CRS, ist eine der wenigen Organisationen, die aktuell noch in Gaza arbeiten kann. Wir bekommen auch LKWs rein, viel zu wenige, alles viel zu wenig. Wir bräuchten dringend alle anderen Akteure auch noch um uns herum dort, gar keine Frage. Wir sehen aber zum Beispiel, dass auch da die Straflosigkeit auf internationaler Ebene dazu führt, dass die sogenannte gelbe Linie, hinter der die IDF eigentlich sich zurückziehen müsste – ich habe vorgestern mit meinem Kollegen vor Ort telefoniert –, die steht auf Rollen vor Ort. Die ist von vornherein schon so gedacht, dass die Poller, die der Zivilgesellschaft zeigen, ab hier, Achtung, herrscht IDF, die stehen auf Rollen. Das heißt, die können einfach nach Belieben verschoben werden, ohne dass da irgendeine Instanz vor Ort wäre, die das kontrollieren könnte. Also ich bin schon wieder über der Zeit.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Heinlein, an Sie ist auch eine Frage gerichtet.

Sve Anica Heinlein: Die Poller sind kommentiert und da schließen wir direkt an ihre zweite Frage an. Das ist ganz klar ein Bruch von humanitärem Recht an dieser Stelle, dass die Bevölkerung nicht versorgt werden kann, und es wird kaum noch kommentiert, weil Gaza komplett aus dem Fokus geraten ist. Aber vielleicht einen Schritt zurück. Humanitäres Völkerrecht ist schon immer gebrochen worden. Das ist ein Fakt, das ist keine neue Instanz. Wir hatten die Fälle schon immer, aber das Ausmaß hat sich verändert. Zum einen. Was sich auch verändert hat, ist, wer sind die Akteure, die sehr bewusst – und wir können es an vielen Punkten sagen –, sehr bewusst humanitäres Recht brechen, und welche Erklärung dafür finden sie noch notwendig zu geben, weil das ist auch ein

Unterschied. Es gab diese Brüche schon immer, aber es gab immer Erklärungsversuche, wieso das an dieser Stelle jetzt hätte passiert sein müssen oder was da aus Versehen passiert ist, oder dass das eine versehentliche Bombardierung war. Wie viel davon hören Sie denn über die letzten fünf Jahre? Extrem wenig. Und das hat sich schwer verändert. Es ist das Ausmaß mehr geworden. Es ist die Notwendigkeit, die gefühlte, weniger geworden, sich erklären zu müssen in diesen Fällen. Und ja, Marie von Manteuffel hat es vorhin schon gesagt, es ist auch die Wer-Frage eine andere geworden. Wer bricht internationales humanitäres Völkerrecht? Es sind halt nun auch demokratische Staaten und das macht einen Unterschied und sendet ein Signal für alle Konflikte weltweit. Wenn ein demokratischer Staat das tun kann, wieso sollte ein nicht-demokratischer Machthaber und nicht-demokratisches System anders agieren? Und das ist die Herausforderung, die uns im Moment so massiv auf die Füße fällt und die unfassbaren Folgen haben wird für die kommenden Jahre, mit denen wir uns dann herumschlagen werden müssen. Weil die Grundlagen des Systems an dieser Stelle angegriffen werden. Und sie werden nicht ausreichend verteidigt im Moment. Und das bringt mich zu meinem nächsten Punkt. Die sehr direkten Folgen davon sehen Sie in den Zahlen von Menschen in humanitärer Not, die wir global sehen. Je mehr Zivilbevölkerung betroffen ist, desto mehr Menschen müssen versorgt werden und desto größer ist die Lücke von den Menschen, die wir eigentlich in Not haben und die wir de facto versorgen können. Das geht seit Jahren immer weiter auseinander. Es gibt aber noch eine sehr andere Folge und das bringt mich auch indirekt nochmal zurück zur *Gaza Humanitarian Foundation*. Es ist ja ein Irrglauben, dass jemand in größter Not, der angewiesen ist auf Nahrungsmittelhilfe, auf Zelte, auf sauberes Wasser, unterscheiden kann, welcher humanitäre Akteur da gerade unterwegs ist. Es ist ja nicht so, dass die wissen, ah ja, da steht die Caritas und da drüben steht Help und auf der anderen Seite der Straße stehen die vier anderen. Damit hat sich die Bevölkerung normalerweise ja noch nie vorher beschäftigt. Die wissen, dass das ein Verteilungspunkt ist. Die vertrauen einem gewissen System und gehen dahin und holen sich Hilfe ab. Und auf einmal merken sie – je nachdem, wer der Akteur ist oder je nachdem, was außenrum passiert –, dieser



Punkt ist nicht sicher für uns. Und es kann im absolut horribelsten Fall sein, die *Gaza Humanitarian Foundation* – und die Leute werden niedergemäht von Maschinengewehren, wenn sie dahin gehen, um Lebensmittel für ihre Familien zu bekommen. Es kann aber auch, wie im Jemen vor ein paar Jahren sein, dass gezielt Verteilungspunkte von unabhängigen Akteuren bombardiert werden. Und wie soll ich dem System noch trauen? Wie soll ich ernsthaft meiner Familie Essen nach Hause bringen, wenn ich dem System nicht mehr trauen kann? Und es ist die sehr akute Folge für uns, dass Menschen mittlerweile nicht mehr überall auf der Welt Vertrauen darauf haben können, dass sie unverletzt an humanitäre Hilfe kommen. Und das ist eine Verpflichtung durch internationales Recht, die überall auf der Welt zunehmend verletzt wird. Und es wird nicht ausreichend verurteilt oder strafverfolgt, nebenbei bemerkt.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. Wir sind am Ende der ersten Runde, aber wir schließen eine zweite Runde an und machen das im gleichen Verfahren. Es beginnt wieder Herr Altenkamp.

Abg. Norbert Maria Altenkamp (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich teile meine Frage mit Lisa Winkelmeier-Becker. Meine Frage geht an Christian Reuter. Und zwar einmal: Sie sind ja auch dadurch, dass das Rote Kreuz mit der Schwesterorganisation Roter Halbmond weltweit unterwegs ist, wahrscheinlich der Akteur, der am besten vertikal aufgestellt ist. Also als internationale Organisation mit vielen lokalen Organisationen vor Ort. So dass mich auch nochmal interessieren würde – Sie hatten das so auch gesagt – das Thema vorausschauende humanitäre Hilfe. Ist dieses Instrument –. Wie wird dieses Instrumentarium praktisch beim Roten Kreuz angewandt? Oder ist man dort auf Externe angewiesen? Und dann noch eine Einschätzung, die mich von Ihnen interessieren würde: Welche Veränderungen nimmt das Rote Kreuz weltweit wahr bezüglich des Zugangs von humanitärer Hilfe? Vor allem vor dem Hintergrund, dass ja viele Konflikte mittlerweile auch asymmetrisch geführt werden. Man konnte sich ja in früheren Jahren immer darauf verlassen, dass wenn eine Institution noch irgendwo hinkommt, dann das Rote Kreuz. Wie hat sich

diese Entwicklung in den letzten Jahren ergeben?

Die **Vorsitzende**: Noch eine Frage. Frau Winkelmeier-Becker.

Abg. Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich möchte kurz die Bemerkung vorausschicken, dass, glaube ich, es in Gaza eine sehr undurchsichtige Situation gab und sicherlich auch von Seiten der Hamas humanitäre Hilfe instrumentalisiert worden ist. Das fehlte mir jetzt doch ein bisschen in der Beschreibung und Auswertung. Aber ich wollte auch fragen: Wir haben jetzt sehr stark fokussiert auf den Beginn einer Katastrophe und die Einleitung von humanitärer Hilfe. Aber vielleicht kann man es auch ein bisschen im Zeitverlauf sehen – Herr Dr. Klose-Zuber und Frau von Manteuffel bitte – wie kann man es da am besten hinbekommen, mit dem Geld gut umzugehen und vielleicht auch Strukturen zu vermeiden, bei denen Hilfsorganisationen vielleicht irgendwo an einem Punkt ein eigenes Interesse entwickeln, dass es auch so bleibt. Und die Frage: Gibt es vielleicht auch in der Art der Hilfeleistung noch Tipps für uns, was besonders effizient ist und wo vielleicht auch Waren verrotten, nicht verteilt werden? Wie kann man dem begegnen? Danke.

Die **Vorsitzende**: Dann beginnen wir mit Ihnen, Herr Reuter.

SV Christian Reuter: Das mache ich sehr gerne. Das Deutsche Rote Kreuz hat insofern ein Privileg, Teil einer weltweiten Bewegung zu sein, die überall zugegen ist. Wir sind in den palästinensischen Gebieten. Wir waren es auch, als die Zugänge für andere zu waren. Wir sind in Venezuela. Wir sind in Afghanistan. Wir sind eigentlich überall. Entsprechend haben wir die Zugänge. Was die vorhersagebasierte Katastrophenhilfe angeht, ist das etwas, was eigentlich ein Erfolgsmuster Deutschlands ist und der deutschen Außenpolitik. Wir haben das vor elf Jahren entwickelt vor dem Grundsatz zu sagen: Natürlich in der Lage, in der Krise ist es gut, wenn man Hilfe bekommt, aber vielleicht ist es intelligenter und schlauer, auch vor die Lage zu kommen. Und wir haben wissenschaftlich fundiert und basiert ein Vorhersage-



system entwickelt, das heute in 70 Ländern weltweit im Einsatz ist, wo es genau darum geht, dass ich anhand fester wissenschaftlich determinierter Indikatoren sagen kann, in Mosambik kommt in drei oder vier Tagen ein Unwetter, Taifun, Zyklon, was auch immer. Und wir versuchen dann, Menschen im Vorfeld zu evakuieren, zu befähigen, mit ihren Lebensmitteln, mit ihren Nahrungsmitteln, mit ihren Tieren, mit all dem, was sie für ihr Überleben und Leben brauchen, sich aus der Gefahrenzone zu bewegen. Und das ist ein sehr erfolgreicher Ansatz, der global funktioniert und von dem ich sage, das ist etwas, was in den letzten elf Jahren wirklich entwickelt worden ist. Wir haben in Deutschland auch den sogenannten „Antizipationshub“, wo weltweit 170 Partnerorganisationen mit uns zusammenarbeiten, an diesem Beispiel. Und ich glaube, das ist das, was Sinn macht, wenn man die Möglichkeit hat, vor die Lage zu kommen. Und das ist gerade in solchen Fällen bei Unwettern, etc. sicherlich sinnhaft. Es gibt auch Studien, die belegen, dass das auch eine im Übrigen logisch effiziente Art und Weise ist. Und ich kann das vielleicht sagen vor dem Hintergrund einer Anhörung in der Konsequenz des Ahrtals – war damals im Innenausschuss – dort habe ich gesagt, wenn wir das, was wir in Mosambik als Vorwarnung gehabt haben im Ahrtal gehabt hätten, dann hätte die Situation vielleicht ein bisschen anders ausgesehen. Also insofern ist das ein Erfolgsmuster. Und ich glaube und hoffe, dass die Bundesrepublik bei dem Thema weitermacht, losgelöst von Prioritäten. Was Zugang angeht, ist es natürlich so, Zugang ist heute deutlich schwieriger. Das gilt für uns in allen Facetten. Wir haben ja durchaus kontroverse Diskussionen gehabt über Zugänge, weil das Thema Gaza ja auch gerade angesprochen ist, zu den Geiseln im Gaza-Streifen, in vielen anderen Bereichen auch. Heute ist es nicht mehr selbstverständlich, dass ein Rotkreuz, ein Rothalbmond, das IKRK überall zugelassen wird und überall auch Zugänge bekommt. Dort, wo wir Zugänge haben, sind sie auch nicht mehr automatisch so sicher, wie sie früher waren. Beispiel, je näher sie an die sogenannte Kontaktlinie in die Ukraine kommen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Kolleginnen und Kollegen des ukrainischen Roten Kreuzes ihr Rotkreuzzeichen ablegen, das ja eigentlich ein Schutzzeichen ist, weil gezielt auf dieses Schutzzeichen geschossen wird

und bombardiert wird. Das heißt, Zugang ist heute deutlich erschwerter, nicht nur in den kritischen Staaten. Also Israel – das sage ich mit allem Respekt und mit aller Freundschaft – ist auch ein Land, das sehr schwer Zugänge zu palästinensischen Gefangenen zulässt. Aber nichtsdestotrotz, wir versuchen mit den Möglichkeiten, die wir haben, entsprechend unsere Aufgabe und unsere Mission zu erfüllen.

Die Vorsitzende: So, jetzt haben wir ein Zeitproblem. Herr Dr. Klose-Zuber und Frau Manteuffel, zweimal zwei Minuten bitte.

SV Dr. Thorsten Klose-Zuber: Das kriegen wir hin. Was muss sich konkret ändern in diesem System? Wir setzen momentan falsche Anreize, was die Durchführung von entsprechenden humanitären Projekten betrifft. Ich würde gerne nochmal auf die Frage zurückkommen, wie landet Finanzierung bei denjenigen, die tatsächlich humanitäre Hilfe vor Ort leisten? Wir haben, es wurde schon angesprochen, momentan ein massives Problem mit dem *Humanitarian Reset*, der angedacht worden ist, insbesondere lokale Organisationen zu stärken. Das heißt, was muss sich strukturell ändern, ist tatsächlich wegzugehen von der Überlegung, der beste Weg, humanitäre Hilfe zu leisten, ist zukünftig durch eine massive Fokussierung auf die *Country-Based Pooled Funds*. Das setzt aktuell völlig falsche Anreize. Erstens etabliert man OCHA damit nicht als eine koordinierende Einheit im System, sondern als eine Gebeeinheit. Zweitens, Ralf Südhoff hat es deutlich gemacht, von der ursprünglichen Idee, dass bei den *Country-Based Pooled Funds* Mittel bei den lokalen Organisationen landen, sind wir meilenweit entfernt. Deutlich unter acht Prozent kommt überhaupt 2026 bei lokalen Organisationen an. Das liegt an der entsprechenden Instrumentalisierung der Vereinigten Staaten, die massiv in dieses System hineingehen, mit einer klaren Politisierung, was mit diesen Mitteln passieren soll, kurze Ausgabefristen und entsprechend auch Länderkontexte. Kein lokaler Akteur hat ein Interesse daran, dass Krisen lange dauern. Es gibt aber gleichzeitig ein hohes Engagement von unterschiedlichsten lokal geführten Finanzierungsinstrumenten vor Ort, die auch genauso durch einen Geber wie beispielsweise die Bundesregie-



rung unterstützt werden müssten. Das heißt, lokal geführte Finanzierungsinstrumente stärker in den Blick zu nehmen, um zu schauen, wie lokale Akteure möglichst direkt – und dann kommen wir zum *Grand Bargain* – maximal über einen Umweg möglichst direkt finanziert werden können. Das sollte das Ziel sein. Auch von da sind wir momentan sehr weit entfernt, weil wir diese Umsetzungsquote von mindestens 25 Prozent direkter Finanzierung nicht erreichen. Das wäre ein ganz wichtiger Reformschritt.

Die **Vorsitzende**: Bitteschön, Frau von Manteuffel.

Sve Marie von Manteuffel: Ich stimme jedem Wort zu und würde vielleicht einfach ein konkretes Beispiel noch dazu geben. Unser Eindruck ist, dass es im Moment eine große Phase von Pilotprojekten von auch so ein bisschen *Trial-and-Error* gab oder gibt. Da gibt es zum Beispiel die Tschadsee-Fazilität des Auswärtigen Amtes, wo genau lokale Akteure gestärkt werden sollten. In der Praxis heißt das aber, wenn man dann wieder – oftmals sieht es auf der ersten Ebene sehr gut aus, wenn man dann ins sogenannte Kleingedruckte schaut, wird es schon wieder sehr viel komplizierter. Dort sind nämlich Quoten festgelegt, wer am Ende über welche Mittel überhaupt verfügen darf. Das führt dazu, dass wir einen extrem guten Partner ALDEPA, Trägerin des Alternativen Friedensnobelpreises, vor Ort haben, mit dem wir sehr gerne ein Projekt für diese Fazilität eingereicht hätten. Wir als Caritas International, nur hier in Deutschland registriert, können aber da kein Partner sein, denn ein internationaler Partner für dieses Projekt muss vor Ort registriert sein. Das heißt, unser Partner, mit dem wir durch und durch lokalisiert seit vielen Jahren ein wunderbares Arbeitsverhältnis haben, muss sich jetzt eine ihm bislang unbekannte INGO suchen, die vor Ort registriert ist und eigene Arbeit macht, die dann natürlich den Großteil der Gelder bekommt, weil sie die INGO ist, die sozusagen in eine andere Kategorie vor Ort in der Fazilität fällt, während sie selbst nur den Junioranteil bekommen. Also es ist gut und wichtig, dass hier Bewegung reinkommt, aber wir sehen einfach wieder und wieder beim *Humanitarian Reset* oder eben auch hier auf Bundesebene, dass der Teufel wirklich im Detail liegt. Und ich kann auch nur

noch bestätigen, auch wir sind aktuell dabei zu schauen, uns selbst zu fokussieren und auch ehrlich mit uns zu sein, auch, wo müssen wir uns zurückziehen.

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Rothfuß.

Abg. Dr. Rainer Rothfuß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Der erste Teil meiner Frage geht an Herrn Professor Polleit. Und zwar interessiert mich Ihre Einschätzung dazu, wie stark die Rolle des Staates in der Generierung von humanitären Krisen berücksichtigt und problematisiert werden sollte. Denn es ist ja bekannt, dass Wirtschaftssanktionen sehr starke humanitäre Notlagen erst generieren können, die dann eben nachsorgend wieder durch, egal ob staatliche oder private humanitäre Hilfe, geglättet werden sollen. So ist zum Beispiel festzustellen, dass Venezuela jetzt über 10 Jahre lang unter einer regelrechten Blockade gelitten hat. Ich war 2019 dort, ich habe dort auch in 90er Jahren studiert. Ich kann also die Unterschiede auch einschätzen. Und es ist faktisch so, dass Venezuela Resilienz eingebüßt hat, massiv, durch diese Blockade aus dem internationalen System und deswegen natürlich auch besonders anfällig war und kaum reagieren konnte in puncto medizinischer Versorgung. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Und dann die zweite Frage geht nochmal an Frau von Manteuffel. Da würde mich interessieren –, weil Sie angesprochen hatten, es sollte das Primat der Bedürftigkeit gelten bei der Auswahl der Zielgruppen humanitärer Hilfe. Und das würde ich gerne noch erweitert haben, diese These, und da interessiert mich Ihre Einschätzung. Denn es ist ja faktisch so, dass der Staat in seinem Haushalt sehr viele Gelder ausgibt, gerade in Deutschland, als Folgen illegaler Migration, wo sehr viel Mittel eingesetzt werden, z. B. für die Betreuung minderjähriger, unbegleiteter Flüchtlinge und vor Ort sehr viel mehr Hilfe, sehr viel effizienter geleistet werden könnte. Ich habe das 2015, 2018 bei Forschungsreisen z. B. im Irak feststellen können, in Flüchtlingslagern. Die Menschen, die von der stärksten humanitären Notlage getroffen sind, haben gar keine Möglichkeit zu migrieren. Und da würde mich Ihre Einschätzung interessieren. Dankeschön.



Die **Vorsitzende**: Dann beginnen wir mit Ihnen, Herr Professor Polleit.

SV Prof. Dr. Thorsten Polleit: Vielen Dank, Herr Dr. Rothfuß. Es gibt in der ökonomischen Theorie natürlich auch eine Theorie des Staates. Und eine Theorie ist, dass der Staat nicht das ist, was die meisten Menschen sich unter ihm vorstellen, sondern dass er, um eine positive Definition zu gebrauchen, ein territorialer Zwangsmonopolist mit der Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte ist. Und in dieser Theorieströmung zeigt sich eben auch, dass der Staat, so wie ich ihn definiert habe, aggressiv ist, nach innen, gegenüber seinen Bürgern, aber auch nach außen. Und wenn Sie mal schauen, die großen Konflikte auf der Welt, da sind immer Staaten involviert. Staatliche Macht wird natürlich von Interessengruppen, von Sonderinteressengruppen genutzt, um bestimmte Ziele zu erreichen. Und das wird dann auch häufig aggressiv-militärisch umgesetzt. Und insofern glaube ich, ist das tatsächlich ein Problemfeld, was Sie hier ansprechen, Herr Dr. Rothfuß, was unterentwickelt ist, im wahrsten Sinne des Wortes, um tatsächlich die Wurzel des Übels im Grunde zu erkennen, für Krisen, insbesondere natürlich auch für humanitäre Krisen. Der Staat ist kein Problemlöser, sondern ein Problemverursacher. Deshalb war mein Plädoyer auch, – ich habe das hier ja auch aufgenommen, was vorgebracht wurde – dass viele der Probleme, die Sie plagen, gerade in der Gestaltung und der Finanzierung von Entwicklungshilfe, von humanitärer Hilfe, eben über den freien Markt weitaus besser und effizienter gelöst werden können. Wo die Geber die Möglichkeit haben, die Hilfsorganisationen zu unterstützen, die ihren Präferenzen am besten entsprechen, die am besten arbeiten. Frau von Manteuffel, der Wettbewerb ist nicht, wenn man Ihnen einen Topf da hinstellt und dann versucht jeder, da was von abzubekommen. Sondern der Wettbewerb ist, die Geber, denen steht es frei, freiwillig die Organisationen mit Mitteln auszustatten, die aus Sicht der Geber die beste Arbeit leisten. So funktioniert es nicht, weil der Staat natürlich den Steuerzahler zur Kasse bittet, das Geld einsammelt und dann ist es der politische Apparat, der letztlich verteilt, der zustimmt, wer was bekommt. Und vielleicht noch eben ein Zusatz sei da bitte gestattet. Das nachlassende Wachstum in der westlichen Welt, insbesondere

getrieben durch die Deindustrialisierung, wird die Verarmungseffekte in der dritten Welt massiv verschärfen. Denn wenn der Westen weniger Wirtschaftswachstum hat, wenn hier weniger nachgefragt wird, weil man die Energiekosten erhöht, weil man bestimmte Industrien nicht will, dann kommt das überproportional, das zeigen die Studien, in der dritten Welt an; dort werden die Menschen arbeitslos, dort fehlen dann die Mittel, Kapitalinvestitionen bleiben aus. Also das sei vielleicht noch mal als Ökonom zusätzlich genannt, als wichtiger Faktor, der zu berücksichtigen ist.

Die **Vorsitzende**: Frau von Manteuffel, Sie haben das Wort.

Sve Marie von Manteuffel: Tatsächlich habe ich hier die Begrifflichkeit mit dem Wettbewerb, glaube ich –. Nach wie vor haben wir vielleicht einfach andere Vorstellungen oder andere Definitionen von Wettbewerb. Zu der Frage, letztlich sprechen Sie ein Phänomen an, das einige Jahre unter dem Begriff Fluchtursachenbekämpfung gelaufen ist. Mein Eindruck ist, dass das eine ausgesprochen ergebnisgetriebene Debatte war von verschiedenen Richtungen. Fakt ist, nach wie vor unverändert, der Großteil, fast 80 Prozent der Menschen, die fliehen, bleibt in der Region. Zwei Drittel bleiben im eigenen Land, nach wie vor. Das ist unverändert. Was in den letzten Jahren vermehrt diskutiert wurde, und das haben Sie im Nebensatz angesprochen, ist der sogenannte *Migration Hump*. Die Frage – das hat allerdings weniger mit humanitärer Hilfe zu tun, als mit Entwicklungszusammenarbeit –, würde eine positive, eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit, die dazu führt, dass es den Menschen vor Ort besser geht, nicht dazu führen, dass sie dann überhaupt erst mal die Mittel haben, um gehen zu können. Weil in der Tat, die Allerärmsten werden nie die Mittel haben, über die eigene Landesgrenze hinwegzugehen. Da ist man allerdings inzwischen in der Forschung weitergekommen, weil diese in gewisser Weise ja erstmal auf erster Ebene logisch erscheinende Rechnung – wenn Menschen mehr Geld haben, können sie weitergehen –. Die Länder, die da zum Vergleich herangezogen wurden, das waren Portugal und Äthiopien, da sieht man schon, die Studien, die sozusagen den *Migration Hump* belegen sollten, beziehen sich



auf ein einziges Kriterium, und zwar das Bruttoinlandsprodukt. Und das ist natürlich wirklich schräg. Wenn man genau dann nämlich Portugal und Äthiopien zum Beispiel vergleichen würde, wie die in einer ähnlichen Marge da rangieren, sodass meine – Sie haben mich nach meiner Bewertung gefragt. Meine Bewertung wäre, dass man hier absichten muss. Dass man sagt, wir sind ja hier im Ausschuss für Menschenrechte humanitäre Hilfe, die humanitäre Hilfe läuft so oder so außerhalb von genau diesen Fragen des Wozu. Sondern bei der humanitären Hilfe geht es um die von vornherein wahrscheinlich sowieso zu wenige Leistung von akuter Hilfe im Hier und Jetzt. Sinnvollerweise bedenkt sie natürlich, wie geht es weiter? Was kommt danach? Wie kann man die Ursachen für die Krisen anpacken? Das ist aber nicht die Aufgabe der humanitären Hilfe. Das ist die Aufgabe von letztlich Politik, von Diplomatie, von auch Handel, da sind wir vielleicht auch unterschiedlicher Meinung, was da vor Ort dann den Menschen wirklich helfen würde. Aber was davon völlig zu trennen ist, ist die Frage, was mit Menschen passiert, die bei uns ankommen, egal ob sie irregulär einreisen mussten, weil es keine legale Möglichkeit gab und sie sich nur später legalisieren können, indem sie hier einen möglicherweise sogar erfolgreichen Asylantrag stellen. Entschuldigung, jetzt habe ich meinen Faden tatsächlich auch verloren, weil, es sind einfach sehr, sehr viele Themen. Die Frage, was man macht, letztlich die Würde eines jeden Menschen, die man achten möchte, egal ob er hier ist oder vor Ort. Was ich nicht glaube, ist, dass wir in irgendeiner Weise Kausalitäten verschieben können. Die Gründe, weshalb Menschen sich auf die Flucht begeben, sind so vielfältig wie die Menschen auf dieser Welt, die sich auf die Flucht begeben. Ich selbst war vielfach im Ausland im Einsatz und allein die Menschen, mit denen ich vor Ort gesprochen habe, in den unterschiedlichsten Kontexten, entweder entlang der EU-Außengrenzen oder noch sehr viel weiter, sind so divers, wie die Menschen, die ich habe treffen können. Da wird man nicht mit irgendwelchen Anreizen irgendetwas verändern können.

Die **Vorsitzende**: Danke für das Stichwort – was ich noch sagen wollte: Wir machen gleich eine Schlussrunde. Also, wenn Sie noch irgendwas auf dem Herzen haben, können wir das gerne machen.

Wir würden in anderer Reihenfolge vorgehen. Also, Herr Südhoff, Sie würden dann beginnen. Dies als Voranmeldung, damit Sie keinen Schreck bekommen. Jetzt hat aber zunächst die SPD das Wort und wir fangen wieder mit Herrn Dr. Stegner an und Sie teilen sich die Fragen wieder mit Frau Heinrich.

Abg. Dr. Ralf Stegner (SPD): Solche Anhörungen sind ja sehr interessant und auch öffentlich und ich will freimütig bekennen als Abgeordneter, dass mein Staatsverständnis eines ist, was mit parlamentarischer Demokratie zu tun hat und das den Staat nicht als autoritären Gegner, sondern als ein etwas empfindet, was Probleme lösen soll, jedenfalls. Dazu gehört auch, dass wir uns Sachverständige anhören, und in dem Sinn habe ich drei Fragen an Herrn Südhoff. Nämlich im Sinne der Beratung der Politik. Erstens, wir haben jetzt viel von Priorisierung gesprochen, die notwendig wäre. Wie kann die bewerkstelligt werden, dass sie vernünftig ist und den Kriterien genügt, die hier formuliert worden sind von Frau Heinlein und von anderen. Das ist also der Bedarf sozusagen. Zweitens – was vielleicht ein bisschen kurios klingt, aber nicht unwichtig – ein Teil der Priorisierung könnte ja auch darin liegen, dass humanitäre Hilfe vermieden werden kann, also der Bedarf. Es ist ja nicht unser Ziel, sie zu steigern, sondern das Nötige zu geben. Und drittens, was muss eigentlich getan werden, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen besser zu schützen, die ja immer größer werdenden Gefahren ausgesetzt sind. Da wäre ich dankbar für.

Die **Vorsitzende**: Frau Heinrich.

Abg. Gabriela Heinrich (SPD): Vielen Dank. Ich möchte meine Frage an Dr. Frick stellen. Und zwar hatten Sie beschrieben, dass das Politikfeld immer größeren Angriffen ausgesetzt ist. Und Herr Südhoff hat dargestellt, dass es trotzdem eine Mehrheit der Menschen gibt, die dem positiv gegenüberstehen. Wir wissen aber, dass diese Angriffe mit Desinformation, mit sehr vielen negativen Narrativen versuchen, genau diese positive Ausrichtung zu verändern. Was, glauben Sie, wäre nötig, um ein positives Narrativ in



diesem Politikfeld noch besser etablieren zu können? Die meisten Menschen möchten ja gerne, dass das, wofür sie sich einsetzen, dann auch tatsächlich bei den Menschen ankommt. Und was glauben Sie, müssten wir tun, um das zu verbessern? Danke.

Die **Vorsitzende**: So, wir starten mit Herrn Südhoff.

SV Ralf Südhoff: Ja, gerne. Vielen Dank. Und vielen Dank für die erneut drei großen und wichtigen Fragen. Stichwort Priorisierung. Wir haben zu Recht viel Kritisches über das System der humanitären Hilfe geteilt in den letzten anderthalb Stunden. Gleichzeitig muss man, glaube ich, festhalten, dass es einen enormen Professionalisierungsprozess in den letzten Jahren und Jahrzehnten gegeben hat, der genau darauf abzielt, zu ermitteln: Wo ist die Not am größten, welche Menschen brauchen am dringendsten Hilfe und welche Hilfe brauchen sie eigentlich? Sodass die Datenlage, wenn sie denn finanziert wird – das ist die erste Priorisierung, die leider im Moment teils nicht stattfindet –, dass die Datenlage eigentlich da ist und es klar vereinbarte Standards gibt, wonach man priorisieren kann: welche Krise, welche Menschen in einer Krise, in welcher Region und auch in welcher Geberkoordination. Deswegen ist das Wissen eigentlich komplett vorhanden. Und es ist aber auch wichtig gleichzeitig – und da kommt man in den politischen Diskurs – festzuhalten, genau nach diesen Standards muss sich auch richten, wer – nicht wie die Ärztin, die dann irgendjemanden aus ihrem Warteraum nimmt –, priorisiert, wo ist die Hilfe entscheidend, und wo ist sie insbesondere zum Beispiel lebensrettend. Das ist absolut möglich und geht – das ist ein sehr wichtiger Punkt, das klingt so selbstverständlich, aber wir haben ja im Moment das Narrativ von vielen Geberregierungen – auch in Deutschland zurzeit –, wir können doch ohnehin nicht weltweit helfen, die Bedarfe sind ja ohnehin so groß. Dann können wir doch dort helfen, wo es auch in unserem geopolitischen, migrationspolitischen und so weiter Interesse liegt. Und das ist exakt das Gegenteil von einer bedarfsorientierten, prinzipienorientierten Priorisierung, obwohl wir eigentlich alles wissen, und ich habe an den Länderbeispielen deutlich ge-

macht, wie sehr wir da im Moment die Parameter und die Prioritäten verschoben haben. Zweiter Punkt ist – es macht sehr viel Sinn, das muss man leider klar sagen, glaube ich –, wenn man wenig Mittel hat, zunächst mal zu fragen, wo müssen wir Leben retten. Das ist die Kernfrage der humanitären Hilfe, von der Seenotrettung über Menschen, die in Krisengebieten im Sudan, in einer Hungersnot leiden, ist es die akuteste Herausforderung, zu fragen, wo müssen wir jetzt sofort Menschenleben retten, so wie die Triage einer Ärztin. Aber das große Risiko ist, dass man darüber quasi – da komme ich zu Ihrem zweiten Punkt, der Vermeidung von Not und Bedarfen –, darüber gerade die nächsten Menschen, die nächsten Populationen, die noch nicht in der Hungersnot stecken, aber schon massiv mangelernährt sind, wenn man sie depriorisiert. Und niemand aus dem Bereich Entwicklung oder Übergangshilfe – es wurde schon angemerkt, dass da eben auch stark gekürzt wird –, dann an die Stelle tritt und dort die Hilfe stattdessen leistet –, dass wir über solche massive Priorisierung im Grunde die Not von morgen schaffen und die Bedarfe immer weiter erhöhen. Gleiches gilt für die Frage von Querschnittsaufgaben. Wir haben in der Tat UN-Aufgaben, die sind absolut systemrelevant. Wir haben große internationale NGOs, über die wir hier immer selten reden – NRC, IRC, DRC, Aktion gegen den Hunger –, die große wichtige Koordinationsaufgaben erfüllen und die das immer weniger können, weil natürlich auch sie gedrängt werden, aus auch erstmal naheliegenden Gründen, immer mehr in lebensrettende Maßnahmen und nur in Programmmaßnahmen zu gehen. Das klassische Beispiel ist die Antizipative Hilfe – um mal was Positives zu sagen – das Auswärtige Amt hat dankenswerterweise den Budgetansatz für Antizipative Hilfe bei 5 Prozent belassen, trotz der finanziellen Herausforderungen. International sieht das ganz anders aus. Statt der avisierten 5 Prozent liegen wir immer noch nur bei einem Prozent. Sie hatten noch einen dritten Punkt, den Schutz der Helfer. Der Schutz von Helferinnen und Helfern ist in der Tat eine extreme Herausforderung. Sie haben die Daten auch in unserer Stellungnahme, wie sehr das zugenommen hat. Erneut führt das übrigens auch zu der Frage von Lokalisierung und lokalen Partnerinnen und Partnern. Niemand ist so gefährdet wie lokale Helferinnen und Helfer. Zumal auch dort die Ressourcenverteilung für



Trainings, für Schulungen und so weiter für Schutz sehr ungleich ist gegenüber anderen Partnern. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Dann ist Herr Dr. Frick noch gefragt.

SV Dr. Martin Frick: Vielen Dank. Das ist tatsächlich eine Frage, die mich sehr umtreibt. Ich glaube, an erster Stelle muss man unterscheiden, was ist eigentlich digitale Desinformation und was denkt die Bevölkerung wirklich? Nun arbeite ich für eine Organisation, die nur zu 5 Prozent von privaten Spenden abhängig ist. Wir sind im Wesentlichen von staatlichem Geld abhängig. Aber wenn ich Kolleginnen und Kollegen frage, die eben sehr stark von Privatspenden abhängig sind, sehe ich, dass dieses Spendenniveau weitestgehend gleichbleibend ist. Das spricht schon mal eine sehr deutliche Sprache und ich glaube, für Sie als Abgeordnete im Deutschen Bundestag ist es doch sehr wichtig zu unterscheiden, was wollen die Leute in meinem Wahlkreis wirklich? Der zweite Punkt ist, warum Desinformation? Warum wird denn die Entwicklungshilfe und die humanitäre Hilfe angegriffen? Weil wir uns im besten aller Sinne einmischen. Weil wir in Länder gehen, in denen Menschenrechte nicht eingehalten werden, in denen es humanitäre Situationen gibt und eben nicht nur dort helfen, sondern eben auch Zeugen sind dessen, was dort geschieht, und das ist nicht immer wirklich gewollt. In vielen Dingen, wenn die Entwicklungszusammenarbeit unter Beschuss kommt, ist es vielleicht oft deswegen, weil die Zusammenhänge etwas abstrakt sind. In der humanitären Hilfe ist das nicht der Fall. Wir retten unmittelbar Leben. Das kann man darstellen, das wird auch verstanden und das wird unterstützt. Es ist auch die Geschwindigkeit, mit der die humanitäre Hilfe Ergebnisse zeigt. Wir sehen jetzt gerade in Venezuela – das ist nun etwas, was wir als WFP nicht so stark machen –, da gibt es eine große Welle der Hilfsbereitschaft. Als Russland die Ukraine angegriffen hatte, waren wir innerhalb von zwei Tagen da mit einem Frachtflugzeug, 60 Lastwagen und 160 Mitarbeitenden, die sich alle freiwillig gemeldet haben. Das finde ich schon spektakulär, vor allem, wenn man sieht, dass in den letzten drei Jahren tatsächlich – es ist angesprochen worden, aber diese Zahl nicht –

über 1.000 humanitär Helfende ihr Leben verloren haben. Das geht also mit höchstem persönlichem Einsatz und größtem Risiko einher. Ich will noch zwei Punkte machen, wie man das Narrativ ändern kann. Das eine ist – und das kommt oft unter die Räder vor lauter utilitaristischen Argumenten –, es ist ein Ausdruck von Menschlichkeit und es ist auch ein Ausdruck dessen, wer wir denn sind als Gesellschaft und wer wir sein wollen. Und es ist zweitens ein Ausdruck, wie wir denn in der Welt gesehen werden wollen. Ich habe mitverfolgt und natürlich auch sehr bedauert, dass Deutschland nun nicht in den Sicherheitsrat gewählt worden ist. Das wäre nun einfach zu sagen, das liegt an diesem oder jedem Punkt, da sind eine ganze Menge Dinge zusammengekommen, aber ich will es mal positiv formulieren: Diese Hilfe, die Deutschland geleistet hat – die im Gegensatz zu anderen Ländern eben nicht brutal Interessen geleitet ist, sondern immer die Menschen in den Mittelpunkt gestellt hat – das wird schon wahrgenommen, und das hat viel damit zu tun, dass wir als Deutsche jetzt da stehen, wo wir stehen. Und ich will daran erinnern, dass es ja erst 1973 war, dass die beiden Deutschlands aufgenommen worden sind in die UN – dass uns das zu Recht mit Stolz erfüllt hat, wieder in der Staatengemeinschaft mit dabei zu sein. Und da diese Staatengemeinschaft, ein regelbasiertes System, eben Rechte und Pflichten hat, darf man auch nicht übersehen, dass die Solidarität und die Hilfe, die man leistet – Ralf Südhoff hat das so in Relation gestellt zur Wirtschaftskraft – eben auch etwas damit zu tun hat, wie man Mitglied dieser Staatengemeinschaft ist und positiv wahrgenommen wird. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank Ihnen. Dann sind wir jetzt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Herrn Mijatović.

Abg. Boris Mijatović (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Frau Vorsitzende, Herr Frick, ich würde gleich direkt an dem Punkt ansetzen. Ich darf auch Unterausschussvorsitzender für die Vereinten Nationen hier im Haus sein und wir haben uns sehr viel befasst mit den Reformen insgesamt des UN-Systems, nicht nur des *Humanitarian Reset* – ein Begriff, den ich eigentlich überhaupt nicht mag. Aber das System insge-



samt ist eingekürzt worden um 20 bis 25 Prozent. Personal wurde abgebaut. Wir haben gerade darüber gesprochen, dass es Sicherheitsrisiken gibt – für über tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der humanitären Hilfe hat der Einsatz tödlich geendet. Meine Frage an Sie ist: die Verbindung von *Peacekeeping*, von Friedensmissionen, Sicherheit – Sie hatten Zugangsschwierigkeiten mit dem Welternährungsprogramm nach Sudan – ich habe neulich die Zahl gehört von 15 *Field Offices*, in Südsudan gibt es noch fünf oder sechs. Wie arbeiten Sie denn jetzt bei der Nahrungsmittelverteilung, wenn vor Ort nichts mehr ist? Jetzt sehe ich Herrn Reuter an, den könnte ich genauso fragen. Wir haben hier vor zwei Monaten noch gegessen und über den Rückzug aus dem Osten Kongos gesprochen, weil das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen gegangen ist und ICRC den *Compound* nicht alleine sichern konnte und zwei Monate später hatten wir dann den Ebola-Ausbruch – jetzt schrecklich auch mit vielen Toten. Ich würde gerne noch eine Frage an Frau Heinlein richten in Bezug auf die Lokalisierung, gerade in der Effektivität. Wir haben in der Sudan-Konferenz gelernt – und es war auch toll, dass die da waren – Dank an das Auswärtige Amt –, dass die *Emergency Response Rooms* großartige Arbeit leisten. Jetzt haben Sie vorhin gesagt, in der Ukraine geht es ja doch – habe ich die Bundeshaushaltsordnung doch nicht verstanden? Also wo sind die Vorteile der Lokalisierung und wo können wir dann vielleicht auch hier aus dem Ausschuss heraus Vorschläge machen, um das zu befördern, Leute lokal auszubilden und dann auch vor Ort bei der Stange zu halten? Letzte Bemerkung, Frau Vorsitzende, vielleicht liegt es auch im Interesse unseres Ausschusses – weil wir alle die Situation der humanitären Hilfe in unseren Reden im Plenarsaal oder hier im Ausschuss ja bedauert haben –, dass wir vielleicht auch uns gemeinsam aufstellen, die Stabilität in der Höhe zu sichern, zumindest grundlegend zu sichern. Ich glaube, dass das *Jeopardizen* – das ständige Spielen mit der Höhe des Betrages – verunsichert die Arbeit vor Ort. Und das Zweite ist eben vielleicht über die Jahresfrist hinaus, auch dann entsprechend mittelfristig denken und arbeiten zu können, damit das zwei, drei Jahre hält. Vielleicht machen wir da eine gemeinsame Erklärung zu.

Die **Vorsitzende:** Herr Dr. Frick, Sie sind an-

gesprochen worden und Frau Heinlein.

SV Dr. Martin Frick: Ja, vielen Dank. Was machen die Kürzungen mit uns? Wir sind nun seit Jahren dabei, Rationen zu kürzen, Bedürftige aus der Hilfe herauszunehmen. Wir sind da weit über der Schmerzgrenze, wo das, was wir tun, eigentlich mehr mit Triage zu tun hat als mit geordneter humanitärer Hilfe. Wo es besonders schlimm wird – und ich hoffe, dass ich diesen Punkt vermitteln kann –, ist, dass wir wirklich in der Struktur nun Schwierigkeiten haben. Südsudan, ein Beispiel. Wir wissen, da fließt der weiße Nil durch, da wird es mit Sicherheit dieses Jahr wieder große Überschwemmungen geben. Und weil wir das wissen, haben wir typischerweise dann, wenn Lebensmittel billig und verfügbar auf dem Markt waren, eingekauft. Lebensmittel prädisponiert, damit sie da sind in den Gemeinden, wenn sie dann von der Überschwemmung abgeschlossen werden – konnten wir dieses Jahr nicht mehr machen, weil wir kein Geld mehr haben. Aber wenn diese Menschen da sind, können die in IPC 5, in Hungersnot geraten und dann müssen wir mit *Airdrops* – mit Abwürfen aus Flugzeugen – arbeiten, was die teuerste und ineffizienteste Methode überhaupt ist. Da gehen wir sehenden Auges rein und vielleicht, wenn ich darf, noch ganz kurz etwas zu den *OCHA-Pooled-Funds*. Das macht uns nämlich auch große Schwierigkeiten unter Aspekten, die noch nicht genannt worden sind. Also, wir hatten gehört, dass natürlich die Auswahl, die die Vereinigten Staaten vornehmen, politisch ist. Ja, das muss man so sehen. Das ist es. Da finden sich bestimmte Länder nicht auf der Liste, die auf die Liste gehören. Aber auch die Methodologie der Hyperpriorisierung, wie man das nennt – ein Wort, das ich auch gar nicht mag –, bedeutet ganz konkret, dass da auf der Landkarte Kreise gezogen werden mit IPC 4, da wird geholfen. Außerhalb dieser Kreise kann nicht nur nicht geholfen werden, sondern – von amerikanischer Seite, wir haben zusätzliches Geld bekommen, mit der Maßgabe, genau dort nicht das Geld auszugeben, wo diese *Pooled-Funds* eingreifen. Und dann haben wir Menschen, die zum Beispiel vor der Situation fliehen, diesen Kreis verlassen. Denen können wir zumindest mit amerikanischem Geld und mit *Pooled-Fund* nicht helfen. Das gibt also eine ganz neue Situation. Was aber sehr wichtig ist, ist auch die Vorhersehbarkeit. Wir können bis jetzt noch



kein zuverlässiges Vergabesystem bei den *Country-Based Pooled Funds* sehen – und das ist für uns entscheidend wichtig, weil wir ja permanent in die Zukunft schauen müssen, permanent auf dem Markt einkaufen müssen, wenn Lebensmittel verfügbar sind, wann sie verfügbar sind und vor allem, wann sie günstig zu haben sind. Denn wir wollen ja so effektiv wie möglich mit dem vorhandenen Geld arbeiten. Wenn die Entscheidungen spät kommen, ad hoc getroffen werden, müssen wir kaufen zu dem Preis, der eben gerade auf dem Markt ist, und erreichen mit dem wenigen Geld noch weniger Menschen, als wir eigentlich erreichen könnten. Letzter Punkt zur Lokalisierung. Wir unterstützen das selbstverständlich, dass aus den *Pooled Funds* lokale NGOs unterstützt werden. Aber da gibt es noch viele offene Fragen in der Kette der Verantwortung. Wer steht denn gerade, wenn etwas schief geht? Wer gibt denn das Geld? Und da gibt es eine Korrelation zwischen sehr engen und sehr scharfen Vorschriften der Geber, die eben ganz genau Rechnungslegung haben wollen – und das zu Recht, das ist ja nun mal öffentliches Geld – und auf der anderen Seite eben Strukturen, die lokal nicht immer schon so weit sind, dass diese präzise Rechnungslegung möglich wäre. Daran kann man arbeiten und ich finde, das ist auch ein Punkt, der wirklich diskussionswürdig ist mit unseren Gebern. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Ich danke Ihnen. Frau Heinlein.

Sve Anica Heinlein: Ja, vielen Dank, Frau Heil. Herr Mijatović, Sie fragen die falsche Person, weil ich die Bundeshaushaltsordnung offensichtlich auch nicht verstanden habe. Ich mache diesen Job seit elf Jahren. Ich höre seit elf Jahren, dass lokale Organisationen nicht direkt durch das Auswärtige Amt gefördert werden können. Jetzt geht es doch. Wieso, habe ich noch nicht so wirklich ganz verstanden, aber ich will an dieser Stelle sagen, das ist super. Ich unterstütze das voll. Es ist eine Forderung, die haben wir seit Jahren, dass das endlich geht und jetzt geht es und wieso es geht, will ich an dieser Stelle ehrlicherweise –, das finde ich bestimmt noch raus, aber ich habe es noch nicht verstanden. Aber wir müssen mal ganz kurz darauf schauen, was da passiert ist. Wir haben da zwei Organisationen. Von der einen weiß ich sehr

sicher, dass die vorher keine humanitäre Organisation war. Die haben ihr Mandat verändert auf die Situation in der Ukraine mit der Vollinvasion und haben seit dieser Zeit sehr professionalisiert durch die Unterstützung von internationalen Nichtregierungsorganisationen Wissensaufbau und Kapazitätsaufbau betrieben, und sind jetzt an dem Punkt, dass sie Geld direkt beantragen können vom Auswärtigen Amt. Das ist das absolute *Best-Practice-Modell*, weil das eine nachhaltige Förderung einer lokalen Organisation war, die ihr Mandat verändert hat, die Kapazitäten aufgebaut hat und jetzt die internationalen Nichtregierungsorganisationen nicht mehr braucht. Ich feiere das. Das sollten wir in sehr viel mehr Kontexten so haben. Trotzdem hat es Nichtregierungsorganisationen vorher gebraucht, dass sie da hingekommen sind. Die Frage ist jetzt: Wieso geht es in der Ukraine und woanders geht es nicht? Ich war vor ein paar Jahren in diesem Ausschuss als Besucherin und da hat die geschätzte Kollegin Füllkrug-Weitzel von Brot für die Welt die Geschichte erzählt, dass mosambikanische humanitäre Organisationen nachgefragt haben nach dem Ahrtal-Hochwasser, ob sie Hilfe senden sollen nach Deutschland. Das war ein großer Lacher hier im Ausschuss. Und ich frage mich seitdem bis heute, wieso? Weil die wissen, wie man mit Hochwasser umgeht und es war eine ganz ernstzunehmende Frage und die Reaktion war Lachen in diesem Raum. Ich glaube es war einer darunter, aber trotzdem. Und ich glaube, wir müssen wegkommen von diesem –, Das zeigt als deutlichstes Beispiel unsere Sicht auf lokale Partner und das Machtgefälle, was es nach wie vor an diesem Punkt gibt. Wir haben lokale Organisationen, die sind größer als jede deutsche humanitäre Organisation. Die haben mehr Personal, die sind in mehr Ländern unterwegs oder in gleich vielen Ländern, aber sie sind halt hier wenig bekannt, weil sie in Südostasien große Akteure sind. Dass die auch direkt gefördert sind – ich sehe den Punkt nicht, wieso nicht? Es gibt trotzdem immer noch sehr viele Organisationen, die angewiesen sind auf sogenannte *Intermediaries* im Sinne des *Grand Bargains*. Wo du eine Organisation dazwischen brauchst, einfach deswegen, weil sie diesen großen Aufwand – und wir sprechen hier ja nicht von, ich sende einen Antrag ans Auswärtige Amt und dann kriege ich das Geld. Es wäre wirklich großartig, wenn wir irgendwann mal dahin kom-



men würden, dass wir immerhin die Anträge vereinheitlichen würden zwischen EU und Auswärtigem Amt, da sind wir auch ja noch längst nicht. Und dass wir das in Englisch einreichen können, ist auch eine eher neue Entwicklung – muss ich an dieser Stelle mal sagen. Also, es gibt wirklich die *basic* Herausforderungen, die eine lokale Organisation nicht immer stemmen kann. Und gerade wenn es dann eine hochspezialisierte ist, in irgendeinem kleineren Bereich, wie mit spezifischen Gruppen, die auf Hilfe angewiesen sind, wird es wirklich schwierig. Das heißt, es braucht die *Intermediaries*, aber dass wir dahin kommen, dass es wirklich nur noch einen gibt, das ist auch ein großer Fortschritt, wo wir mal ein bisschen mehr Energie darauf versetzen. Weil wir waren da schon mal sehr viel besser, wir sind eher rückschrittlich an diesem Punkt.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Frau Fey, Sie sind wie immer die Letzte in der Runde.

Abg. Katrin Fey (Die Linke): Meine Frage geht an Frau von Manteuffel. Sie bezieht sich so ein bisschen auf das, was Frau Heinlein auch gerade noch mal eingesagt hat – also die ganze Reform, dieser Prozess, die Lokalisierung, die ja Schlüssel der Reform sein kann. Da würde mich einmal interessieren, ob Sie noch einmal ein bisschen an dem Modell erklären können, wie Sie solche Modelle sehen, mit lokaler Führung, aber internationaler Partnerschaft zum einen. Und zum anderen, welche Rolle dabei noch die UN-Organisationen spielen und ob diese Reformdebatte, die wir jetzt aktuell auch haben, zu einer Dekolonisierung des humanitären Systems beitragen bzw. Machtstrukturen aus diesen Zeiten auch aufgebrochen werden können durch so eine Reform. Und was so ein bisschen vielleicht auch diese Geschichte aus Mosambik gerade noch mal gezeigt hat, was ja auch durchaus mit so alten Denkmustern noch zu tun haben könnte. Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Die **Vorsitzende:** Frau von Manteuffel.

SVe Marie von Manteuffel: Ganz vielen Dank. Ich vertrete hier die Caritas. Das ist ein katholischer,

in Deutschland der größte katholische Wohlfahrtsverband. Dass es die Caritas in 160 Ländern weltweit gibt, ist selbstverständlich eine Folge von kolonialer Expansion, denn die Caritas wurde mal in Freiburg gegründet. Insofern hat das – nur sehr deutlich vorweggeschickt –, das hat eine gewisse Ironie, wenn ich auf diese Frage antworte. Ich antworte aber besonders gerne auf diese Frage, weil sie uns natürlich auch durch und durch beschäftigt. Nun sind wir inzwischen in der Situation, dass wir uns gesellschaftlich hoffentlich weiterentwickelt haben in den letzten 200 Jahren. Nichtsdestoweniger sehen wir gerade an solchen Beispielen, wie Anica Heinlein gerade berichtet hat, dass die dahinterstehenden Denkmuster immer noch sehr stark verhaftet sind in uns allen. Ich hoffe, ich trete niemandem zu nahe. Was wir sehen – oder was aus unserer Sicht gerade passiert –, ist der Versuch, mit verschiedenen Schraubchen ein System grundlegend zu verändern, was nicht funktionieren wird. Am Ende wird es nicht gehen ohne radikale Machtverschiebung, ohne auch ein radikales Eingeständnis, dass wir es nicht besser wissen. Dass wir es nicht nur manchmal nicht besser wissen, sondern dass wir es sehr oft nicht besser wissen. Wir haben sehr viel Expertise in den letzten Jahrzehnten aufgebaut – in der internationalen humanitären Szene insbesondere. Nichtsdestoweniger wird nach wie vor der – wirklich – Großteil der Hilfe nicht nur lokal umgesetzt mit internationalem Geld, sondern funktioniert innerhalb lokaler humanitärer Ökosysteme. Das heißt, fernab von den ganzen Diskussionen, die wir hier führen. Insofern ist natürlich genau das die Frage, wie schaffen wir es, dieses Potenzial noch anders zu heben. Unser Eindruck ist, dass die Reformbemühungen aktuell unter dem nicht so schönen Begriff *Humanitarian Reset* eher eine Scheindebatte ist. Ich würde auch zustimmen, dass es vielleicht mal engagiert gestartet hat. Aber es im Moment immer mehr dazu führt, dass genau die Machtstrukturen, die sowieso schon bestehen, dass die jetzt lokalisiert werden – im Sinne von übertragen, dort aufgebaut – und es eben keine echte Beteiligung, keine Übertragung von Strukturen gibt. Auch da müssen wir uns als Intermediäre, als internationale Hilfsorganisationen stark an die eigene Nase fassen und schauen, wie sehr – wenn wir an diesen Geldern partizipieren wollen –, wie stark sind wir Teil des Systems. Ich hoffe, dass wir das alles intensiv tun.



Wir haben jedenfalls große Austauschrunden dazu, auch um genau zu schauen, wie können wir besser werden. Es gibt *Commitments*, es gibt nach wie vor die *Grand Bargain*-Prozesse. Es wird hoffentlich einen noch verbesserten Nachfolgeprozess ab Oktober dieses Jahres geben. Und es gibt viele Ansätze, beispielsweise einfach nur um eins zu nennen – es wird sicherlich nicht das *One-Size-Fits-All*, die Lösung geben. Aber es gibt zum Beispiel das Phänomen, dass genau sehr große lokale Hilfsorganisationen Gelder aus dem Ausland bekommen – und zwar nicht nur von einem Geber, nicht nur von einer Organisation, sondern von gleich fünf oder sechs. Da gibt es jetzt das Modell des sogenannten „Due Diligence Passporting“, was die Idee –. Die – relativ simpel und eigentlich auch einigermaßen naheliegende – Idee versucht, in die Praxis zu bringen, dass eine dieser Geberorganisationen sich den Hut aufsetzt und die gesamte *Due Diligence*, die gesamte Tiefenprüfung für einen Partner vor Ort vornimmt, und dann alle anderen internationalen Organisationen sich dem anschließen können. Das heißt, die Person vor Ort nicht damit beschäftigt ist, fünfmal verschiedene Anforderungen – sehr ähnliche, aber leider vielleicht in einem unterschiedlichen Format mit unterschiedlichen Schwerpunkten bedachten, aber am Ende auf dasselbe herauslaufenden *Due Diligence*-Prüfungen – für alle Geber einmal durchzulaufen, sondern das nur einmal zu müssen. Entschuldigung, ich habe den Gong nicht gehört. Tut mir leid.

Die **Vorsitzende**: Alles gut. Vielen Dank. Wir wären am Ende der Fragerunde, aber ich habe ja gesagt, wir machen für Sie eine kleine Schlussrunde. Wenn Ihnen noch etwas auf der Seele liegt, was Sie gerne sagen wollen, bitte gerne. Herr Südhoff, Sie können beginnen.

SV Ralf Südhoff: Haben wir wieder drei Minuten?

Die **Vorsitzende**: Ja, drei Minuten.

SV Ralf Südhoff: Also vielen Dank nochmal für die Gelegenheit. Vielen Dank nochmal für die Einladung. Ich glaube, es ist deutlich geworden – ich glaube es ist auch weitgehend unser wirklich

gemeinsames Anliegen, für die humanitäre Hilfe und ihren Kern und ihre Daseinsberechtigung und insbesondere für die Menschen – die Millionen von Menschen –, die von ihr abhängen, gemeinsam zu werben und gemeinsam dafür zu werben, dass sie in ihren Fraktionen werben, damit wir zurückkommen zu einem politischen Konsens, dass das etwas ist, was Deutschland leisten will, leisten muss und sich auch leisten kann. Deutschland hat sich in der Tat viel Kredit, glaube ich, erworben in den vergangenen Jahren dort, ein vergleichsweise werteorientierter, vergleichsweise ehrlicher Makler zu sein, der sich vergleichsweise großzügig engagiert. Da ist man leider in den letzten Jahren vom Pfad doch deutlich abgekommen. Das macht sich deutlich in der Tat an Fragen von einem Völkerrecht und doppelten Standards, die ja auch nicht nur der Hilfssektor, sondern auch ein Christoph Heusgen oder ein Volker Perthes, ehemals SWP, beklagen, auch im Zuge der Nichtwahl in den UN-Sicherheitsrat. Man kann nicht mit unterschiedlichen Maßstäben messen, wenn man über die Hamas und über Russland zurecht urteilt und dann aber andere Maßstäbe anlegen, wenn es um Israel oder die USA geht. Es gehört dazu, einen fairen Beitrag zu leisten und im Grunde für das zu werben, was ja auch im Koalitionsvertrag steht. Was ist eine auskömmliche Finanzierung der humanitären Hilfe, die dort ja auch eindeutig als wertorientierte, als notorientierte Hilfe definiert ist. Wir haben es berechnet. Niemand kann die USA ersetzen, aber ein wirtschaftlich anteiliger Beitrag Deutschlands wäre, um die Not weltweit zu lindern, ungefähr drei Milliarden Euro. Das ist weniger, als Deutschland noch 2022 geleistet hat und es gibt viele plakative Beispiele. Deutschland leistet sich in diesem Jahr eine Absenkung der Flugticketsteuer. Nur wenn man das gelassen hätte – das spart zehn Euro pro Flugticket oder eine Lappalie, die meisten Leute werden es überhaupt nicht merken. Nur wenn man das gelassen hätte, könnte man das Budget für humanitäre Hilfe postwendend um 50 Prozent erhöhen. Deswegen werben wir sehr dafür, dass Deutschland für die humanitäre Hilfe an sich und für ihr Überleben und ihrem Wesenskern weiterkämpft und sich dafür engagiert, dass Sie ihre Fraktionen dafür wieder überzeugen können. In dem Sinne brauchen wir, glaube ich, eine Zivilgesellschaft und ein humanitäres System und ein UN-System, was für seine Grundaufgaben grund-



legend finanziert wird und einen privaten Anteil an der humanitären Hilfe, wo es um Dienstleistung und Serviceleistung geht, wo das sinnvoll sein kann. Wir brauchen vor allem aber auch einen nachhaltigen Reformdruck der Bundesregierung auf die UN, auf den *Humanitarian Reset*, auf den UN-80-Prozess – über den wir heute gar nicht gesprochen haben, aber er unterscheidet sich eigentlich wenig vom *Reset*, und Druck auf die Hilfsorganisationen, dass sie sich weiterentwickeln, so wie heute hier ja auch vielfach skizziert. Vielen Dank nochmal für die Einladung.

Die Vorsitzende: Wenn ich das so sagen darf, Flugtickets, da ging es eigentlich weniger um die Flugtickets als um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Flughäfen, dass man auch Deutschland noch anfliegt in Zukunft, weil man sieht, das wird immer weniger gemacht. Aber das Beispiel war trotzdem eingängig. Dankeschön. Herr Reuter.

SV Christian Reuter: Ja, ich mache das auch kurz und knapp. Ich glaube, es sollte eine Selbstverständlichkeit für die Bundesrepublik sein, humanitäre Hilfe nach Prinzipien und nicht nach Interessen zu organisieren und bereitzustellen. Das ist ein Stück auch Außenpolitik, auch strategische Außenpolitik. Ich glaube, Deutschland täte gut daran, sich auf diesen Weg zurückzubedenken. Ich erinnere mich daran: 2015 im Kanzleramt war ich Gast bei der ersten legendären Ministerpräsidentenkonferenz bei der Flüchtlingskrise. Alles zählt auf alles irgendwo ein. Wenn wir humanitäre Hilfe – *World Food Programme* war einer der Triggermomente – entsprechend weiter kürzen, sage ich auch ganz ehrlich, werden die Menschen sich irgendwo im Zweifel halten – auch richtigerweise – versuchen, neu zu orientieren. Sie sehen das im Großen, Sie sehen es im Kleinen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass das, was zum Beispiel im Gazastreifen passiert, keine Konsequenzen hat, sowohl langfristig als auch kurzfristig. Wenn Menschen kein Überleben und keine Überlebensgarantie in ihrem örtlichen Raum haben, werden sie gehen. Richtigerweise werden sie auch gehen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass wir mit Kürzung der humanitären Hilfe ungeschoren auch für unser eigenes Land davonkommen. Ich werbe sehr dafür, das ist hier

sicherlich – muss man hier niemanden katholisch machen –, dass das Stichwort humanitäres Völkerrecht wieder gestärkt wird. Schutz und Sicherheit für Organisationen und Menschen im Einsatz sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Es sollte nicht normaler Standard sein, dass man seine Rotkreuz- oder Rothalbmondjacke ausziehen muss. Das geht am Ende des Tages nur mit einer politischen Unterstützung. Um die werbe ich und am Ende des Tages sage ich auch, das Parlament muss nicht nur versuchen, die Beiträge für die humanitäre Hilfe zu stabilisieren. Das wird nicht reichen, das wird das System nicht überleben und am Ende des Tages sage ich ganz offen, egal welche Veränderungsbereitschaft und Notwendigkeit auch notwendig ist, ohne dieses humanitäre System wird vieles noch deutlich schlechter sein und die Lösung und Antwort kann auch nicht sein: Wir schieben alles wie bisher in die Vereinten Nationen rein. Auch aus deutschem Interesse heraus sollte es Möglichkeiten und eine Interessenslage geben, eigenständig, international, humanitär zu helfen und das ist dann mehr als nur eine Finanzzusage für die Vereinten Nationen. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Danke Ihnen. Herr Professor Polleit, wir haben eben irrtümlicherweise bei Ihnen zwei Minuten angezeigt und Sie haben diese ein bisschen überzogen. Ich wäre jetzt großzügig bei Ihrer Antwort.

SV Prof. Dr. Thorsten Polleit: Dies habe ich nicht verstanden.

Die Vorsitzende: Es gab die Beschwerde aus der AfD-Fraktion, dass wir Ihnen nur zwei Minuten zugeteilt haben, irrtümlich. Jetzt dürfen Sie etwas länger reden, wenn Sie wollen.

SV Prof. Dr. Thorsten Polleit: So viel habe ich gar nicht zu sagen. Vielen Dank für die Möglichkeit, doch etwas abrundend noch zu kommentieren. Ich glaube, wichtig aus ökonomischer Sicht ist für alle, die sich mit der Entwicklungshilfe, humanitärer Hilfe befassen, sich vor Augen zu führen, dass in der letzten Konsequenz das Armutsproblem – so nenne ich das mal –, das Notproblem auf der Welt, ein wirtschaftliches ist. Ohne Wirt-



schaftswachstum wird man nicht Herr dieser Problematik. Insofern sehe ich das momentan auch mit großer Sorge, dass gerade der Westen, Deutschland insbesondere, kein Wirtschaftswachstum mehr hat. An der Stelle sei noch mal gesagt, seit 2023 sinken sogar die Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland. Und das hat natürlich Folgeeffekte. Es wird weniger nachgefragt, es wird weniger investiert und die normalerweise positiven Effekte, die dann auch die dritte Welt erreichen, Entwicklungsländer erreichen, bleiben aus. Und insofern wird diese Politik, die jetzt betrieben wird hier im Westen, dazu führen, das Armutsproblem in den Regionen zu verschärfen. Und das Plädoyer des Ökonomen muss sein, marktwirtschaftliche Strukturen zu fördern in den Ländern. Hilfe zur Selbsthilfe. Diese Länder müssen wirtschaftliche Strukturen annehmen können. Die müssen stabile Rechtssysteme bekommen, Eigentum, Eigentumsschutz, attraktiv sein für Kapitalinvestitionen. Nur so wird das letztlich zu bewältigen sein. Und ich wollte noch mal sagen, mir ist sehr wohl bewusst, Sie differenzieren richtigerweise zwischen Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe. Ich hatte die Zahl 26 Milliarden genannt, die der deutsche Steuerzahler 2025 bezahlt hat. Davon waren eben 25 Milliarden allein Entwicklungshilfe. Darauf zielten auch insbesondere meine Ausführungen ab. Eine Milliarde war dann die Nothilfe oder humanitäre Hilfe. Aber das, was ich an der Stelle noch mal betonen und unterstreichen möchte, ist tatsächlich: Besserung wird es nur geben, wenn man mehr Wirtschaftswachstum hat. Das schafft man nur durch freie Märkte, nicht durch staatliche Interventionen. Und damit ist eben auch verbunden die Frage, die ich anstoßen durfte, wie organisiert man das? Und an der Stelle betone ich noch mal, es gibt gute, gewichtige Gründe, Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe auf das System der freien Märkte zu stützen und nicht über den Staat laufen zu lassen. Und eine Möglichkeit ist eben, der Staat gewährt den Steuerzahlern entsprechende Steuersenkungen, also beispielsweise in Höhe von 25 Milliarden und gibt den Steuerzahlern die Möglichkeit, das Geld an die Organisationen zu geben, die aus Sicht der Steuerzahler, aus Sicht der Geber die beste Arbeit machen. Und dadurch spart man natürlich Kosten in der Bürokratie, das Ganze wird effizienter und nützt letztlich auch dennehmern. Also insofern habe ich versucht, doch

einige Gedanken vorzubringen, um Ihnen doch eine Perspektive zu eröffnen, die vielleicht nicht so aktuell im Vordergrund steht, die aber letztlich Ihren Anstrengungen mehr hilft, als Sie an der Stelle vielleicht vermuten.

Die **Vorsitzende:** Frau von Manteuffel.

Sve Marie von Manteuffel: Ganz vielen Dank, noch einmal sehr herzlichen Dank für diese Runde hier heute und die Möglichkeit, wirklich an verschiedenen Punkten ein bisschen mehr in die Tiefe zu gehen. Vorhin wurde schon angesprochen, es ist so ein bisschen „preaching to the converted“ – wir wissen, dass Sie alle Ihr Möglichstes tun, um insbesondere genau in dieser sehr kritischen Haushaltsfrage voranzukommen. Insofern können wir nur an Sie appellieren, bzw. müssen wir glaube ich gemeinschaftlich schauen, dass wir, was wir heute besprochen haben, aus diesem Raum heraustragen. Das nehme ich noch einmal für mich mit. Ich hoffe, Sie alle auch hoffentlich mit an der einen oder anderen Stelle neuen Beispielen, vielleicht sogar neuen Argumenten. Ich würde allerdings nicht nur eine interfraktionelle Erklärung zur Beibehaltung der Milliarde für die humanitäre Hilfe sehr unterstützen. Ich würde zudem bitten, die Übergangshilfe im BMZ nicht zu vergessen. Denn die – gerade im parlamentarischen Raum, mein Eindruck – fällt so ein bisschen zwischen die Ausschüsse, fällt so ein bisschen zwischen die Stühle. Vielen Dank für die Möglichkeit dieser Schlussrunde, ich habe nämlich das leider die ganze Zeit vergessen zu sagen, wie dringend notwendig genau ein solches, und auch wie schön und wie wichtig so ein Instrument ist, das genau diesen Übergang ermöglichen kann, das eben sowohl Elemente aus der humanitären Hilfe noch ganz klar mit beinhaltet, aber eben genau schaut, wo geht es denn weiter. Für uns als Caritas – das ist uns auf den Leib geschrieben – das trifft uns wirklich ins Mark, dass das hier jetzt, nachdem die Axt bisher an der humanitären Hilfe angesetzt worden war, jetzt mit 38 Prozent Kürzungen bei der Übergangshilfe zu Buche schlägt. Also wenn Sie da das bitte nicht vernachlässigen wollen würden, wären wir Ihnen sehr dankbar. Derweil, – auch das habe ich vergessen nochmal zu sagen, ich werde nicht müde, es zu betonen – auch die



Spenden bei uns bleiben hoch. Die Menschen – auch in schwierigen Zeiten hier in Deutschland –, die Portemonnaies öffnen sich für unsere Belange. Es wird eben genau nicht als entweder oder gesehen, sondern die Bereitschaft von Menschen, sich auch für die Nöte anderer zu interessieren, ist nach wie vor hoch und das sollten wir wirklich beibehalten, weil in einer solchen Gesellschaft wollen wir, glaube ich, alle weiterhin leben. Ganz vielen Dank. Die 44 Sekunden spende ich, weil ich vorhin jede Antwort überzogen habe. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Herr Dr. Klose-Zuber.

SV Dr. Thorsten Klose-Zuber: Vielen Dank, ich werde sie nicht brauchen. Ich würde gerne mit einem Wunsch und drei Empfehlungen konkret an diesen Ausschuss schließen. Der Wunsch geht eher sozusagen an die Kolleginnen und Kollegen, die auf dieser Seite sitzen, nämlich, dass wir uns alle wirklich in Anbetracht der Diskussion kritisch die Frage stellen, was braucht es tatsächlich, um effektive und auch schnelle humanitäre Hilfe vor Ort so kosteneffizient wie möglich umzusetzen. Dass wir uns diese Frage auch vor allem ernsthaft stellen und auch akzeptieren, dass wenn die Antwort auf diese Frage bedeutet, dass sich unsere Rolle und auch unsere, sei es Größe oder auch unser Finanzvolumen, unser Umsatz ändert zugunsten von der Beteiligung lokaler Organisationen, dass wir das akzeptieren. Das wäre ein Wunsch, der in unsere Richtung geht. Ich hätte drei Empfehlungen – sozusagen – für Sie als Mitglieder dieses Ausschusses. Achten Sie bei der Mittelvergabe der Bundesregierung verstärkt auf eine wirklich konsequente Dezentralisierung und entsprechende Lokalisierung. Das beinhaltet die Frage, wo liegen die Entscheidungskompetenzen bei der Mittelvergabe? Wer setzt diese Mittel um? Wer ist in der Lage, auch lokal insbesondere die Kapazitäten zu stärken? Das Zweite wäre auch nochmal die Rückkehr zu dieser Subsidiaritätsumkehr. Nicht alle müssen überall alles machen. Wer ist wo wirklich am besten positioniert, um genau diese lokalisierte humanitäre Hilfe am schnellsten umzusetzen? Und das Dritte ist dann die Frage zu stellen, was bedeutet das in der Konsequenz für die Mittelvergabe? Das Auswärtige Amt beweist sich in der Vergangenheit immer

wieder als ein innovativer humanitärer Geber. Es gibt inzwischen humanitäre Finanzierungsinstrumente, die genau auch lokalisiert über entsprechende Organisationen, wie auch meine, die Mittel umfänglich und fast zu 100 Prozent an lokale Organisationen weitergeben. Das bleibt nach wie vor aber in der gesamten Mittelvergabe eher die Ausnahme. Die Bundesregierung sollte also insofern den *Humanitarian Reset* nicht einfach völlig kritiklos mitgehen, sondern sich tatsächlich darauf besinnen, was erwarten wir von einer stärkeren Lokalisierung im humanitären System und wie heben wir die Effizienz bei der Mittelvergabe so, dass wir nicht vor allem Strukturen und entsprechende *Overhead*-Kosten finanzieren, sondern dass die Mittel vor allem vollumfänglich ankommen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Danke Ihnen. Frau Heinlein.

Sve Anica Heinlein: Vielen Dank. Ich fand es sehr beeindruckend, wie einhellig alle schriftlichen Stellungnahmen in die gleiche Richtung gingen. Ich finde, da ist sehr gut aufgezeigt, was die Herausforderungen sind und auch, wie es weitergehen muss. Deswegen will ich mein Schlusswort jetzt mal auf zwei andere Punkte konzentrieren. Das eine ist das humanitäre Budget der Bundesregierung. Ja, alle müssen sparen, aber nicht alle haben 52 Prozent gespart. Die humanitäre Hilfe spart überproportional im Haushalt. Und das muss man deutlich auch so sagen. Dann haben wir diese Anhörung heute auch angefangen mit der Frage, was wollen denn die Bürgerinnen und Bürger? Und dann haben wir darüber geredet, wie aussagekräftig sind Statistiken. Meine Oma ist vorgestern 100 geworden. Und es gab zwei Regeln in dem Haus – es gab mehr Regeln in dem Haus, aber es gab diese zwei Regeln: Essen wird nie weggeworfen und am Geburtstag und an Weihnachten wird gespendet. Weil, meine Oma hat bitter gehungert in Nürnberg vor 1945. Und ich glaube, es zeigt so ein bisschen, dass es ganz normale – sehr weit entfernt von unseren Themen – Bürgerinnen und Bürger in diesem Land gibt, die das vollumfänglich unterstützen, was wir tun. Und sie sind nicht allein, weil wenn wir auf die Spendenzahlen von letztem Jahr schauen, sind wir bei 12,5 Milliarden Spendenvolumen insgesamt und 43 Prozent davon gehen ins Ausland.



Und wenn Sie sich jetzt anschauen, VENRO hat ein bisschen mehr als 145 Mitgliedsorganisationen. Wenn Sie sich das Spendenvolumen nur der 30 größten anschauen, sind wir bei 1,5 Milliarden Euro Spenden – nur der 30 größten VENRO-Mitgliedsorganisationen. Wir machen unsern Teil dieser Geschichten. Bürgerinnen und Bürger spenden jeden Tag für humanitäre Zwecke. Die Bundesregierung sollte ihren Teil auch wieder erfüllen. Ein letzter Satz noch dazu: Was können wir denn noch machen? Wer soll es denn jetzt richten? Wir haben die *Hiccups* im *Reset* gesehen. Wir sprechen nur noch über *Country-Based Pooled Funds*. Wer ist denn jetzt der Akteur, der es nach vorne treibt? Und ja, natürlich ist es die Bundesregierung. Wir sind immer noch sehr angesehener Geber und wir sind auch immer noch sehr angesehener Akteur. Ja, das hat gelitten – und der Wahrheit muss man glaube ich auch ins Auge sehen über die letzten Jahre. Aber wir sind immer noch sehr angesehener Akteur global und innerhalb des UN-Systems und wenn es um humanitäre Kontexte geht. Und diese Wirkmacht sollten wir wieder mal sehr gezielt einsetzen, weil ich das Gefühl habe, das haben wir so ein bisschen verloren in den letzten Jahren, und jetzt ist der Moment, wo wir das groß wieder einbringen können. Ich will nur ein Stichwort an dieser Stelle noch sagen. Wir sind Teil der *OCHA Donor Support Group*. Wir sind ein wichtiges Teil der *OCHA Donor Support Group*. Wir könnten die auch zu einer *OCHA Donor Support and Accountability Group* machen. Das habe ich gerade erfunden, ja, aber ich schütze es nicht. Man kann an dieser Stelle wirklich einen Unterschied machen und das sollten wir auch wieder tun in Zukunft.

Die **Vorsitzende**: Danke Ihnen. Herr Dr. Frick.

SV Dr. Martin Frick: Ja, wunderbar. Es ist öfters über Wettbewerb gesprochen worden und ich wollte genau damit ansetzen. Wer Ihnen hier gegenüber sitzt, sind Organisationen, die qua Definition sich um dieselben Töpfe bewerben. Das bitte im Kopf behalten, weil wir hier wirklich unisono dieselben Probleme aufgerissen haben, dieselben Lösungen. Das ist nicht selbstverständlich. Also bitte haben Sie das im Hintergrund, wenn wir das sagen. Der zweite Punkt, der *Humanitarian Reset*. Wie gesagt, ich kann diesen

Begriff auch nicht leiden, denn wenn ich auf dem Computer *Reset* drücke, habe ich hinterher dasselbe Bild wieder. Es muss ein Lernen sein. Und ich glaube, wir ringen alle ungeheuer, was denn der beste Weg ist, so viele Menschen wie möglich mit dem Geld, das wir nun mal nur zur Verfügung haben, zu erreichen. Und ich kann für meine eigene Organisation sagen, unsere internen Diskussionen sind tatsächlich immer unter der Prämisse, wo können wir denn raus? Denn es brennt überall genau so, dass wir es uns gar nicht leisten können, irgendwo zu sein, wo wir gar nicht sein müssen. Das bringt mich zum Stichwort Feuerwehr. Ich glaube, Boris Mijatović hat es gesagt: Wir sind wirklich an dem Punkt – ich habe es bereits gesagt –, wo wir die Struktur verlieren; die Fähigkeit, schnell reagieren zu können, überhaupt Menschen, wo niemand anderes mehr ist, noch irgendwie erreichen zu können. Und ich erinnere an die SDGs, die es ja mittlerweile fast nicht mehr gibt, aber der Subtext davon war immer, „leaving no one behind“. Und ich glaube, das ist wirklich unsere Verpflichtung, Rückhalt in der Bevölkerung. Ich glaube, das ist ein ganz, ganz, ganz wichtiger Punkt, dass man sich da nicht durch digitales Geräusch ins Boxhorn jagen lässt, sondern einfach offensiv und selbstbewusst und auch so mit ein bisschen Stolz sagen kann, doch, das tun wir und wir tun das aus sehr gutem Grund, nicht zuletzt unserer eigenen historischen Erfahrung. Und ich, Herr Reuter hatte das gesagt, ich fand das einen ganz super Punkt, deswegen unterstütze ich den. Auch eine nicht interessengeleitete Außenpolitik ist doch letztlich eine interessengeleitete Außenpolitik, aber sie macht sie immer ein bisschen anders. Sie stellt vor, wie es denn funktioniert, wenn man sich an humanitäre Prinzipien hält und wie man das tut, was man denn tatsächlich auch predigt. 30 Sekunden. Einsatz für humanitäres Völkerrecht absolut unbedingt notwendig. Wir reden hier nicht nur von Geld, wir reden auch von einem mächtigen diplomatischen Apparat, den wir bitte dafür nutzen, uns überall einzusetzen. Das Leben ist hart und schwierig geworden für humanitär Helfende und *last not least* – ich will auch meine Stimme zur Übergangshilfe dazuzählen, denn es ist entscheidend wichtig in Zeiten, in denen wir viel zu viele Menschen haben, die humanitäre Hilfe benötigen, möglichst viele von der Warteliste der humanitären Hilfe wegzubekommen und genau dazu dient die



Übergangshilfe. Bitte also beides im Zusammenhang sehen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Ich danke Ihnen, die Sie hier im Saal waren, den Fachleuten. Ich fand, das war wirklich ein sehr guter Austausch und ich will wirklich sehr gerne den Zuschauern danken. Ich danke Ihnen, dass Sie hoffentlich nicht nur an Weihnachten das Portemonnaie aufmachen, aber ich danke Ihnen auch, dass Sie uns politisch dann hier und da den Rücken stärken. Sie haben ge-

merkt, wir sind hier fast einer Meinung im Ausschuss und wir stehen für die humanitäre Hilfe. Also dafür auch ein Dankeschön, wenn Sie das tun, uns stärken, aber auch natürlich die ganzen Hilfsorganisationen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Vielen Dank.

Die Sitzung ist geschlossen.



Schluss der Sitzung: 17:58 Uhr

Mechthild Heil, MdB
Vorsitzende